

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Leipzigs Haushalt

Lothar Tippach (PDS) zieht Bilanz über schwierige Verhandlungen und begründet das Abstimmungsverhalten der Sozialisten.

Seite 3

■ Debatte: Polen und Deutsche

Die Reaktionen auf die Beiträge von Wolfgang Bittner und Kurt Schneider zeigen manche Übereinstimmung, mehr aber noch kontroverse Auffassungen.

Seiten 8/9

■ Pferdewechsel

LVZ-Chefredakteur Hartwig Hochstein ging, Bernd Hilder kam – Rückblick auf 13 Jahre und Ausblick.

Seite 9

1

2004

12. Jahrgang

9. Januar

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

GESUNDHEIT!



Mit 10 Euro sind Sie aber noch lange nicht dabei...

Im Jahre 2004

Der Dezember hat neue Kälte nach Deutschland gebracht, begleitet von gequälten Politiker-Sprüchen mit Erwartungen und Hoffnungen. Doch ihr Herbeireden des Frühlingserwachens der Wirtschaft mit Blick auf die neuen Gesetze ist wenig überzeugend.

Zunächst kann jeder gegenrechnen, was er an Ausgaben für Preissteigerungen, an neuen Kosten für die Gesundheit, durch Wegfall bisheriger Vergünstigungen zusätzlich aufzubringen hat und was da für zusätzliche Kaufkraft bleibt.

Die halbe Steuerreform wird ihre angedichtete Wunderwirkung auf eine wirtschaftsbelebende Kaufkraft auch deshalb kaum entfalten, weil sie mit einem Denkfehler behaftet ist: Wer am dringendsten eine höhere persönliche Kaufkraft braucht, erhält kaum mehr Geld, und der Bevölkerungsteil, der leidlich gut mit seinem Einkommen zurechtkommt, wird nicht unbedingt mehr konsumieren, sondern es wie die Reichen und Superreichen auf die hohe Kante legen. Denn es gibt bei vielen eine relative Sättigung des Bedarfs, der nur begrenzt durch künstliche Stimulierung erhöht werden kann.

Und wenn Anfang 2005 die restlichen Einkommenssteuersenkungen kommen, werden zugleich neue Belastungen anstehen, so die Einsparungen bei den Arbeitslosen nach Hartz IV. Und klar scheint auch, dass ein bescheidenes Wachstum bei Inlandsumsatz und Export durchaus noch kein Anlass ist, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen und damit dem sozialen Grundübel unserer Zeit ernsthaft zu Leibe zu rücken.

All das ist unschwer vorauszusehen. Schwerer abzusehen ist, ob die sich herausbildende große Koalition der Sozialdemonteuere aller bürgerlichen Parteien die angekündigten und immer mehr Gestalt annehmenden nächsten Schritte bei der Verwirklichungen der Agenda 2010 so wie bisher mit relativ geringem Widerstand der Betroffenen (Studenten ausgenommen) über die politische Bühne bringen kann.

2004 ist ein Jahr der Wahlkämpfe. Die Frage ist, ob es ein Jahr der sozialen Schönredner oder ein Jahr ihrer Entlarvung wird.

• GÜNTER LIPPOLD

Gutes Jahr für Sachsen?

Ministerpräsident Milbradt geruhte in seiner Ansprache zum neuen Jahr zu bilanzieren, 2003 sei ein gutes Jahr für Sachsen gewesen. Er nennt als Beleg dafür die weitere Überwindung der Hochwasserfolgen, die Ansiedlung eines neuen Werkes des amerikanischen Chipherstellers MAD in Dresden und den Erfolg Leipzigs beim nationalen Ausscheid der Olympia-Bewerber. Er verschwieg aber auch sehr viel, was nicht so recht zu seinem optimistischen Grundtenor passen wollte. Es gab 2003 auch eine Reihe von Firmenschließungen, es gab tiefgreifende Konflikte mit Hochschullehrern und der Studentenschaft, die noch nicht ausgestanden sind, es gab eine Reihe unbewältigter Affären mit Beteiligung staatstragender Personen, es gab immer wieder rechtsextremistische Exzesse. All das kam in der Sonntagsrede auch nicht andeutungsweise vor.

Dafür aber viele nichtssagende Floskeln wie „Meine besondere Sorge gilt den sozial Schwachen im Land“ oder „Reines Besitzstandsdenken führt nicht weiter“ oder – columbusgleich – „Wer das neue Ufer erreichen will, muss das alte verlassen“. Und natürlich kam Milbradt an den Arbeitslosen nicht vorbei: „Wir wollen uns nicht mit dieser schlimmen Situation abfinden“ und: „Wir brauchen mehr Arbeit in Deutschland“. Das war, als würde man einem Hungernden die leere Hand hinstrecken.

Mögen viele diese hohlen Worte im Ohr haben und sich auch dessen erinnern, was gedeckelt wurde, wenn sie in diesem Jahr an die Wahlurnen treten. • KURT RECHT

Die Bamberger Studie

Der Bamberger Demograf Ralf Mai hat Untersuchungen zu jüngsten Bevölkerungsbewegungen publiziert, die in Sachsen einige Verwunderung auslösten. Es war nicht schwer, einen allgemeinen Bevölkerungsverlust infolge wirtschaftlicher Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit zu konstatieren, aber was allgemein stimmt, muss im einzelnen noch lange nicht stimmen. Der Leipziger Landkreis hat bei ihm seit 1989 einen Rückgang der Einwohnerzahl von 35 Prozent zu verzeichnen. Andererseits registriert er für den Kreis Delitzsch, wo es auch mehr Abwanderung als Zuzug gibt, ein erhebliches Einwohner-Plus. Die Sache war schnell aufzuklären. Mehrfache Änderungen der Kreisgrenzen mit neuer Zuordnung von Städten und Gemeinden waren außer Betracht geblieben.

Man müsste sich vielleicht nicht sonderlich über den Fauxpas erregen, wenn darin nicht ein grundsätzliches Problem steckt, das einem Teil wissenschaftlicher Produkte und ihrer literarischen Präsentation eigen ist: Sie sind reine Schreibtischarbeiten, weit weg vom Geschehen, ohne Kontakt zu den Betroffenen. Gewiss ist das ein allgemeines Problem, aber bei der Betrachtung ostdeutscher Vorgänge durch Westdeutsche scheint es besonders ausgeprägt zu sein. Und was sich hier nur als peinlicher Schnitzer erweist, wächst sich bei gewichtigeren Aussagen zu haarsträubenden Fehleinschätzungen aus.

• G. L.

Brüsseler Desaster

In der Bundestagssitzung am 20. Dezember nannte **Gesine Löttsch** (PDS) als Ursachen für das Scheitern des EU-Gipfels die Machtpolitik und die Überheblichkeit der westlichen Staaten. Unter anderen führte sie aus:

Sie haben die neuen Mitglieder der EU immer als Bittsteller betrachtet. Ich war viele Jahre Vorsitzende des Europaausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus und habe unzählige Veranstaltungen zur Erweiterung der Europäischen Union erlebt. An eine Veranstaltung kann ich mich besonders gut erinnern, weil sie so exemplarisch war: Vor dem für die Erweiterung zuständigen Kommissar, Herrn Günter Verheugen von der SPD, saßen die Botschafter der Beitrittsländer. Er sagte jovial zu ihnen, als seien sie dumme Schuljungen: Nun strengt euch einmal ein bisschen an!

Jahrelang sind die Beitrittskandidaten von der EU gegängelt und in Oberlehrermanier behandelt worden. Deshalb ist es natürlich kein Wunder, dass sie zu einem Zeitpunkt, wo sie die Möglichkeit dazu haben, besonders selbstbewusst auftreten und ihre Rechte einfordern.

Nicht Tabula rasa mit Zivildienst

Zu den Plänen von Ministerin Schmidt, den Zivildienst zusammen mit der Wehrpflicht abzuschaffen, erklärte der Behindertenpolitische Sprecher der PDS, Parteivorstandsmitglied Dr. Ilja Seifert:

Die PDS spricht sich für die Abschaffung aller Zwangsdienste aus. Aber wir betreiben keine verantwortungslose Tabula-rasa-Politik, die real-existierende gesellschaftliche Verflechtungen schlicht ignoriert.

Der jetzt von der Ministerin wieder ins Gespräch gebrachte Ansatz, Freiwilligendienste auszubauen, kann höchstens ein ergänzendes Moment, nicht aber das Rückgrat der Konversion sein. Freiwilligendienste werden nicht selten als Überbrückungsmöglichkeit für Arbeits-

lose genutzt. Sie sind also sehr mode- und konjunkturabhängig. Das ist den Nutzern sozialer Dienstleistungen nicht zuzumuten. Schließlich organisieren sie nicht selten ihren gesamten Tages-, Wochen- und Jahresablauf mit diesen Dienstleistern. Jeder Ersatz für den Zivildienst wird höhere gesellschaftliche Ressourcen erfordern.

Die PDS verurteilt, dass Zivildienstleistende gegenwärtig häufig als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. So kam es aber, dass ihr Wegfall heute in der Individuellen Schwerbehindertenbetreuung (ISB), der Alten- und Krankenpflege sowie in anderen sozialen Bereichen zu gravierenden Einbrüchen führte. Ein plötzlicher Wegfall des Zivildienstes wäre für Men-

schen mit Behinderungen, die ISB in Anspruch nehmen, mit gravierenden Verschlechterungen ihrer Teilhabemöglichkeiten verbunden. In etlichen Fällen wären lebensbedrohliche Situationen nur durch unverzügliche Heimeinweisung abzuwenden.

Als wirkliche Alternative sind flächendeckende ambulante Hilfe-Strukturen auszubauen, die jeder nutzen (also bezahlen) kann. Sie können genossenschaftlich oder freigemeinnützig, ggf. auch privatwirtschaftlich organisiert sein. Eine Sozialverträglichkeits-Komponente muss die Nutzer vor Willkür und Profitmacherei schützen.

Solche Strukturen müssen vorhanden sein und sicher funktionieren, bevor der Zivildienst abgeschafft wird.

Aufschwung beschworen, Abschwung beschlossen

In ihre Rede in der „Reformdebatte“ des Bundestages kurz vor Weihnachten sagte die PDS-Abgeordnete **Petra Pau:**

Die Steuerreform hat Gewinner und Verlierer. Gewonnen haben jene, die ohnehin bestens verdienen, vorausgesetzt, sie zahlen überhaupt Steuern. Bei einer Mehrheit aber deckt der Gewinn nicht einmal, was ihr durch Praxis-Gebühren, Medikamenten-Kosten und andere neue Lasten genommen wird. Für sie steht ein deprimierendes Minus unterm Strich.

Aber es ist noch schlimmer: Dasselbe Sozialgeld, das Arbeitslosen und anderen ge-

nommen wird, kommt bei Bestverdienern als Zubrot an. Obendrein verarmt sich der Staat selbst. Das ist des Pudels Kern. Das freut die FDP. Die PDS im Bundestag hingegen lehnt dies ab.

Die unsoziale Steuerreform wurde mit einer asozialen Reform des Arbeitsmarktes verknüpft. Sie folgt der Legende: Man müsse die Sozialhilfempfeänger nur aus ihrer Hängematte kippen und den Arbeitslosen Beine machen, dann komme ein neues Wirtschaftswunder. Alle wissen: Das ist Unsinn. Aber der Unsinn ist Programm – wider alle soziale und wirtschaftliche Vernunft.

Allein die Kürzung der Ar-

beitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau stößt Zigtausende in die Armut, vor allem im Osten. Aber das niedrige Arbeitslosengeld II ist Konsens – von den Grünen bis zur CSU. Geschachert wurde nur noch, wer zuständig ist und wer profitiert: der Bund, die Länder oder die Kommunen.

Mit der Verarmung der Armen sinkt die Binnennachfrage weiter. Das trifft auch den Händler, den Klein- und Mittelstand. Getroffen werden also jene, die überhaupt noch Arbeitsplätze schaffen. Und das für einen angeblichen Aufschwung von 0,2 Prozent, den niemand garantiert, zu dem aber alle Experten sagen: Die Arbeitslosigkeit bleibt.

Der verschwundene Schatz

Unendliche Geschichte – vor Weihnachten vom ZDF wieder aufgewärmt / Von **UWE HOBLER**

Weihnachten ist die Zeit der Sagen und Märchen, wen wundert es also, wenn im deutschen Kino Frodo Beutling in „Herr der Ringe“ Mittel Erde rettet, dass das ZDF in *Frontal 21* das ewige Märchen von den verschwundenen SED-Millionen erzählt. Den Auftrag dazu hat wohl die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Innern erteilt, muss sie doch jedes Jahr neu ihre Auflösung befürchten.

Immerhin hat sie nach mehr als 13-jähriger Tätigkeit kaum Ergebnisse erzielt, ist aber in dieser Zeit nicht müde gewesen, mit Behauptungen den Ruf der PDS in Frage zu stellen.

Selbst das Ausloben einer Millionenbelohnung durch die Kommission hat zu keinem Schatzfund geführt. Es ist wohl mehr eine Phantomjagd. Die PDS hat 1992 auf das ge-

samte Auslandsvermögen notariell verzichtet, im März 1993 eine komplette Liste über das ihr bekannt gewordene Auslandsvermögen dem Deutschen Bundestag vorgelegt und nicht zuletzt 1995 einem Vergleich mit der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben unter Beordnung der BRD durch die benannte Unabhängige Kommission zugestimmt, wonach die PDS auf das sogenannte Altvermögen in jeglicher Form verzichtet und sich unter Sanktionsandrohung verpflichtet, an der weiteren Ermittlung ihres Altvermögens mitzuwirken. Da ist es geradezu grotesk, wenn in der Sendung behauptet wird, die PDS-Verantwortlichen hätten daran nicht mitgewirkt. Allein zur Vermeidung der angedrohten Sanktionen in dreifacher Höhe des festgestellten Vermögenswertes ist die Mitarbeit unabdinglich.

Der in der Sendung gefeierte

Justizervertrag gegen eine österreichische Firma wäre kaum ohne die gelieferten Erkenntnisse der PDS zustande gekommen.

Es ist verständlich, dass die Bundesregierung in Zeiten leerer Kassen und einer Steuerreform, die die Reichen entlastet und die Armen belastet, nach anderen Finanzquellen Ausschau hält. Über die u. a. im märkischen Sand versenkten Millionen Euro Steuergelder wird da nicht geredet, sondern wieder mal der Schatz aus der Märchenkiste gezaubert.

Die PDS wird weiterhin entsprechend den getroffenen Regelungen verfahren und bei neuen Erkenntnissen zu diesem Thema ihre Mitarbeit nicht versagen.

Otto Schily könnte seinen Etat entlasten und dem Steuerzahler eine Menge Geld sparen, wenn er die längst überflüssige Unabhängige Kommission auflösen würde.

Unser Autor ist Bundesschatzmeister der PDS

„Ein akzeptables Ergebnis erreicht“

Am 17. Dezember 2003 hat die Ratsversammlung den Haushalt für das Jahr 2004 beschlossen. Wie in keinem Jahr zuvor waren die Haushaltsberatungen durch die existenzielle Krise der Gemeindefinanzen geprägt.

„Beschlüsse zu Gemeindefinanzen reichen nicht aus“

Eine Gemeindefinanzreform ist dringender denn je. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Dr. Stephan Articus, erklärte am 15. Dezember zum Ergebnis des Vermittlungsausschusses: „Die Beschlüsse der Parteispitzen zur Gemeindefinanzreform werden den Städten nach Auffassung des Deutschen Städtetages etwas mehr finanziellen Spielraum verschaffen, reichen aber nicht aus, um die kommunalen Finanzprobleme zu bewältigen ... Vor allem das Absenken der Gewerbesteuerumlage werde unmittelbar Geld in die kommunalen Kassen bringen. Das Gesamtvolumen der Mehreinnahmen bleibe allerdings deutlich hinter den Erwartungen der Städte zurück und reiche angesichts der hohen kommunalen Defizite und des dramatischen Verfalls der Investitionen nicht aus.“

Hinzu kommt, dass die Sächsische Staatsregierung plant, dem Finanzminister über die Einführung so genannter Switch-Klauseln in das Finanzausgleichsgesetz einseitige Eingriffe in die Finanzausstattung der Kommunen im Jahresverlauf am Parlament vorbei zu ermöglichen. So erhöht sich das Haushaltsrisiko weiter, die Planungssicherheit wird unterlaufen. Diese Willkür lehnen wir ab.

Unsere wichtigsten Anträge

Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen ist das von der PDS-Fraktion erreichte Ergeb-

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion in der Leipziger Ratsversammlung, DR. LOTHAR TIPPACH, zieht ein Resümee der Beratungen über den Haushalt für 2004



Kindertagesstätten bereits rund 4,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt worden sind, haben wir uns für das Angebot entschieden. Eine Ablehnung hätte bedeutet, dass die Mittel für die Vereine (außer den Sportvereinen) um 10 Prozent gekürzt worden wären. Das hätte nicht nur erhebliche Leistungseinschränkungen bedeutet, sondern das Aus für eine Reihe von wichtigen Einrichtungen. Dies wollten wir verhindern. Wir wissen sehr wohl und haben das in der Stadtratssitzung

als gut zu bezeichnen.

Die für uns entscheidenden Anträge auch in Bezug auf unser Votum zum Haushalt waren:

- Sicherung des gegenwärtigen Niveaus des Leistungsanspruchs in den Kindertagesstätten der Stadt Leipzig,
- Erhöhung der Mittel für die Sanierung von Kindertagesstätten um 1 000 000 Euro,
- keine Kürzung für Vereine und Verbände und Erhöhung der Zuschüsse an Vereine und Verbände der Jugendhilfe. Beide Anträge wurden in der Sondersitzung des Finanzausschusses am 6. Dezember 2003 noch abgelehnt. Wir hatten erklärt, dass von diesen Anträgen unser Votum abhängt. Danach gab es ein Angebot, 436 000 Euro zusätzlich für die Vereine der Jugendhilfe und 50 000 Euro zusätzlich für die Kulturvereine in den Haushalt einzustellen. Nach Abwägung der komplizierten Haushaltslage und in Anbetracht der Tatsache, dass für die beiden Anträge zu den

am 17. Dezember 2003 auch zum Ausdruck gebracht, dass auch dann noch viele Vereine im Jugendhilfe-, sozialen und sozio-kulturellen Bereich erhebliche Probleme haben werden. Im Verlaufe der Debatte entstand eine Situation, in der der Antrag des Jugendhilfeausschusses, der vorsah, die gleichen Mittel wie 2003 einzustellen (zusätzliche Mittelbereitstellung: 674 350 Euro), mit Stimmen der PDS-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgerfraktion angenommen wurde. Damit war es möglich, einen höheren Betrag als den ursprünglich anvisierten (436 000 Euro) den Vereinen zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommen die zusätzlichen 50 000 Euro für die Kulturvereine. Das ist ein großer Erfolg. Es sei daran erinnert, dass die bereits 2003 mit dem Nachtragshaushalt beabsichtigte 10prozentige Kürzung von uns, und allein von uns, abgewendet werden konnte.

Wir hatten weiter gefordert:

- Erhalt der Schwimmbädern in der Antonien- und in der Arnoldsstraße – die beabsichtigte Schließung konnte bekanntlich abgewendet werden;
- keine Schließung von Stadtteilbibliotheken.

Fortschritte beim Bibliothekskonzept

Am 17. Dezember 2003 wurde neben dem Haushalt das Bibliotheksentwicklungskonzept beschlossen. Dieses Konzept ist ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, wo für Bibliotheksarbeit als einen wichtigen Bildungs- und Kulturauftrag keine Planungssicherheit bestand und die angemessene Erneuerung der Bestände dem Rotstift zum Opfer gefallen war. Wir haben erreicht, dass die Bibliothek in Holzhausen nicht geschlossen wird. Die Verlagerung der Stadtteilbibliothek in Paunsdorf wird nochmals geprüft und erst, wenn 2006 eine Verlagerung erfolgen sollte, wird die Bibliothek in Engelsdorf geschlossen. Beide angenommenen Anträge sind ein Erfolg. Leider wurde unser Antrag, die Bibliothek in Löbnitz nicht zu schließen, abgelehnt.

Unser Abstimmungsverhalten

All das hat in der Endkonse-



quenz zu folgendem Abstimmungsverhalten in der Fraktion geführt:

- Stellenplan: Ablehnung
- Verwaltungshaushalt: Zustimmung
- Vermögenshaushalt: Zustimmung
- Haushaltssatzung: Zustimmung

Den Stellenplan mussten wir ablehnen, da die Stellenkürzungen zur weiteren Leistungseinschränkung sowie zur Verminderung der Dienstleistungsqualität und zur Arbeitsverdichtung führen.

Diese Ergebnisse und ihr Zustandekommen berechtigen zu der eingangs getroffenen Feststellung, dass wir unter Beachtung der Rahmenbedingungen für den Haushalt ein gutes Ergebnis erreicht haben.

Liebkecht-Luxemburg-Ehrung am 11. Januar 2004 in Berlin

Der PDS-Stadtvorstand Leipzig ermöglicht Teilnehmern an der Demonstration die Fahrt mit dem Bus nach Berlin.

Unkostenbeitrag: 10 Euro je Person.

Abfahrt am 11. Januar, 6.00 Uhr, von der Bushaltestelle Goethestraße. Ab sofort kann die Teilnahme in der Geschäftsstelle der PDS Leipzig angemeldet werden.

SO SEHE ICH DAS

PDS-Fraktionsvorsitzender Lothar Tippach nennt im obenstehenden Artikel die erreichten Ergebnisse der Sozialisten in der Haushaltplandebatte der Leipziger Ratsversammlung



ein akzeptables Ergebnis. Das wird manchen verwundern angesichts der weiteren gravierenden Einschnitte in die finanziellen Grundlagen des städtischen Lebens, die uns der Etat beschert: zahlreiche Schließungen, Mittelkürzungen, Verteuerungen, Personalreduzierungen, verbunden mit einer Reihe Belastungen der Leipziger, sind wahrlich nichts, wor-

auf man stolz sein könnte – zumal es sich nun schon um eine jahrelang fortschreitenden Schwindsucht handelt. Die Zufriedenheit bezieht sich wohl ausschließlich darauf, dass das unter den gegenwärtigen Umständen Machbare erreicht wurde und noch Schlimmeres (zunächst) verhindert werden konnte.

Unter diesen Bedingungen ...

„Unter diesen gegebenen Rahmenbedingungen...“ – das ist die entscheidende Prämisse für diese relative Zufriedenheit. Die Abwendung noch tieferer Einschnitte im Interesse der Bürger, der kulturellen und sozialen Institutionen, der Vereine und Verbände, ist – wie schon in den vorangegangenen Jahren – nicht zuletzt das Ergebnis einer starken sozialistischen Fraktion im Stadtparlament und der sachkundigen und verantwortungsvollen Arbeit ihrer einzel-

nen Abgeordneten. Es wäre sicherlich grundfalsch gewesen, mit einer totalen Verweigerung auf den Etatentwurf zu reagieren. Die Bürger Leipzigs hätten das Nachsehen gehabt.

Natürlich darf sich eine sozialistische Partei auf die Dauer nicht darauf beschränken, zu verhindern, dass es nicht

noch schlimmer kommt. Auf Landes- und Bundesebene streitet sie mit ihren begrenzten Möglichkeiten beispielsweise für eine Gemeindefinanzreform, die die Gemeinden nicht mehr total dem Druck der wirtschaftlichen Stagnation aussetzt und die hehre kommunale Selbstverwaltung zur Farce werden lässt – für eine Reform, die vielmehr ihre Spielräume erweitert. Generell lässt sich ohne Kursänderungen in der Bundes- und Landespolitik die miserable Lage

der Städte und Gemeinden nicht verbessern.

Noch haben wir in Leipzig nicht eine solche Situation wie in Berlin, wo sich die PDS in aussichtsloser Situation in die Regierungsverantwortung begeben hat und dort nun zwangsweise viel Unpopuläres mitträgt, was sich auch schon sehr bald in der Gunst der Bürger und Wähler negativ niederschlug. Es gibt einen Punkt, wo sie mit der Abwehr von noch Schlimmerem nicht mehr zufrieden sind.

Nur ein kleiner Schritt ist es vom zähen Verteidiger immer geringerer Besitzstände zum Mitschuldigen an der einreißenden großen Misere. Darum geht es zur Zeit in Leipzig wohl noch nicht. Und ich bin davon überzeugt, dass die PDS-Stadtabgeordneten sich der Gefahr bewusst sind – dass sie beizeiten die Grenze sehen, wo die ganze Sache umzukippen droht. • GÜNTER LIPPOLD

Die Diskussion um die Schließung der Leipziger Max-Klinger-Schule auf ihrem derzeitigen Gelände dauert an. Im August 2004 sollen nach den neuesten Vorschlägen des Schulverwaltungsamtes das Lichtenberg- und das Max-Klinger-Gymnasium verschmelzen, wobei der Standort von letzterem aufgegeben werden soll.

Nachdem die Klinger-Schüler ihren Protest gegen die Aufhebung ihrer Schule mit Plakaten und auf Bürgerfesten zum Ausdruck brachten, sind nun auch einige Eltern und Lehrer aktiv geworden. Sie gründeten Ende November eine Bürgerinitiative, die für den Fortbestand der Schule an ihrem jetzigen Standort kämpft. Nach der Idee eines Klinger-Vaters nennt sich die Gruppe „Campus Grünau“ und tritt für ein einzigartiges Projekt ein. Sie wollen auf dem Campus alle möglichen Bildungsstätten vereinigen, vom Kindergarten über Grund-, Mittel- und Förderschule bis zu Gymnasium und Berufsschule. Dafür würden die bereits vorhandenen Einrichtungen genutzt sowie außerschulische einbezogen werden. So könnte man auf dem Gebiet auch eine (derzeit von der Schließung bedrohte) Bibliothek, ein Theater und schon bestehende Freizeittreffs und Jugendclubs integrieren. Frei nach ihrem Motto „Schule ist mehr als Lernen“ unterstützen die Initiativler eine durchgängige Begleitung ihrer Kinder von Anfang an und auch über die Schulzeit hinaus. Sie argumentieren, dass ein Zusammenschluss aller Schulen und Institutionen auf einem Campus die Betreuung der Kinder erheblich vereinfachen und die Möglichkeit eröffnen

Argumente für einen Campus Grünau

Am Stadtrand könnte reizvolle Wohn- und Schullandschaft entstehen



Vor der Max-Klinger-Schule in Leipzig-Grünau

Foto: Märker

würde, großräumige Veranstaltungen zu organisieren, in die alle Schüler einbezogen werden können. So wollen sie die Integration der Kinder untereinander fördern und gleichzeitig wichtige und teilweise traditionsreiche Einrichtungen erhalten. Die wichtige Frage nach der Auslastung eines solchen Campus bei sinkenden Schülerzahlen kontern sie mit

PS. Am 19. Dezember äußerte der zuständige städtische Beigeordnete, Burkhard Jung: „Wir müssen eine Entscheidung treffen, um mindestens ein Gymnasium für Grünau erhalten zu können. Nach reiflicher Überle-

bereits erfolgten Gesprächen mit Wohnungsgenossenschaften und Investoren zum Zweck der Sanierung bzw. Bereitstellung von bisher ungenutztem Wohnraum. Ihr Konzept sieht Wohnformen vor, die vor allem junge Familien mit Kindern anziehen sollen.

Die WK 7 und 8, auf denen der Campus zum großen Teil geplant ist, seien durch ihre Lage

gung schlagen wir vor, ab 1. August eine Schule zu gründen, in die beide Einrichtungen ihre Profile einbringen.“ Die neue Einrichtung solle Gymnasium Grünau heißen, eine gemeinsame Leitung haben, aber an zwei Standorten unterrichten.

unweit vom Kulkwitzer See durchaus attraktiv, doch werde einfach zu wenig getan, um neue Mieter zu gewinnen, so eine Lehrerin der Max-Klinger-Schule. Viele ihrer Kollegen sind der gleichen Ansicht und befürchten, dass die äußeren Grünauer Bezirke mit Absicht „leergewohnt“ werden. „Unser angeblich hässliches Viertel soll doch abgerissen werden, damit nichts mehr dem Image der Stadt bei der Olympiabewerbung schade“, meint eine andere Lehrerin und fügt noch hinzu: „Der Stadt und dem Schulverwaltungsamt haben unsere Aktionen zum Erhalt der Schule von Anfang an nicht gepasst. Wir haben damit zuviel Aufmerksamkeit erregt!“

Eines der wichtigsten Argumente der Initiative könnte aber sogar dem Amt für Stadtentwicklung gefallen: Anstatt die Gegend einfach aufzugeben, könnte der „Campus Grünau“ zu einer reizvollen Wohn- und Schullandschaft gestaltet werden, die das Image Grünaus und damit auch der Stadt erheblich aufwerten würde.

• CLAUDIA PUPO ALMAGUER

Das Wunder von Plagwitz

Schaubühne Lindenfels zieht sich mit Publikums-Gesellschaft selbst aus dem Sumpf

Zu einem ungewöhnlichen Neujahrsempfang luden am Mittwoch die Betreiber der Schaubühne Lindenfels um ihren Chef René Reinhard ein. Da die Stadt die städtischen Fördermittel im Jahr 2004 auf 130 000 Euro kürzt und Sanierung bzw. Kauf des traditionsreichen, baulich aber maroden Kulturtempels im kommunalen Ämtergestrüpp zu scheitern drohen, tritt das Lindenfels nun die Flucht nach vorn an. „Wir unterbrechen das Spiel und ziehen uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf“, verkündete Reinhard selbstbewusst und stellte unter dem aufmerksamkeitssträchtigen Slogan „Das Wunder von Plagwitz“ die eigens gegründete Publikums-Gesellschaft vor, mit deren Hilfe das Haus erworben, saniert und künftig auch betrieben werden soll. Kernstück des Rettungsmodells ist eine *Aufbaumark*, 50 Cent, die demnächst auf jede Eintrittskarte aufgeschlagen wird und in die Bau-Kasse fließt. Im Gegenzug erhalten Besucher einen Chip, zwölf davon sind in eine Kinokarte, zwanzig in eine Theaterkarte umtauschbar. Zuschauer, die ab Januar 24 Euro für zwölf Monate zahlen, erhalten einen Anteilsschein – und die Befreiung vom sogenannten *Baufuffziger*. Fördermittel aus dem EU-Projekt Urban 11 stehen für die Schaubühne leider nicht zur Verfügung, da sich durch die Olympiabewerbung die städtebaulichen Prioritäten von der Karl-Heine-Straße zur Lützener Straße verschoben haben, in der Planung die „Protokollstrecke“ zwischen den Athletenunterkünften am Lindenauer Hafen und den Sportstätten an der Jahnallee. Dem originellen Einfall der Schaubühne-Aktivistinnen ist eine große Anzahl von Unterstützern zu wünschen und das möglichst rasch, da die Zeit gegen das kreative Projekt läuft, der Bauzustand des Hauses ist mangelhaft. • VOLKER KÜHLOW

Blitz-Trainingszentrum vorm Aus?

LN. Das *BLITZ Multimedia & Trainingszentrum* des sächsischen *Bildungswerkes Arbeit und Leben* wird nicht mehr wie bisher vollständig vom Arbeitsamt gefördert. Nachdem es über fünf Jahre mit der Behörde und dem Leipziger Jugendamt erfolgreich kooperiert hatte, ist jetzt aufgrund neuer rechtlicher Regelungen nur noch eine Mitförderung möglich. Die Stadt Leipzig müsste nun einen Teil der Kosten tragen. Das wurde aber bisher von der Stadtverwaltung abgelehnt.

150 Euro Strafgeld für eine Aktennotiz

Die Anklage, über die Richterin Eppelt-Knochenstiern an einem Dezember-Montag im Saal 247 des Leipziger Amtsgerichts zu befinden hatte, wich deutlich von denen ab, die in den angrenzenden Sälen verhandelt wurden: „Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen“ = § 353d des Strafgesetzbuches. Angeklagt war der Kulturwissenschaftler Peter Vonstein. Angezeigt hatte ihn der Rechtsanwalt Peter Wasem. Als Wasem den Staatsanwalt gegen Vonstein (und einige weitere Personen, gegen die das Verfahren jedoch eingestellt wurde) in Stellung brachte, waren beide Mitglieder der PDS – eine wahrlich makabre Situation.

Was nun hatte Peter Vonstein „verbrochen“, dass ihn sein Genosse vor den Kadi brachte? Peter Vonstein hatte mit einem Flugblatt innerhalb der PDS öffentlich gemacht, dass Wasem im Januar 2001 den Staatsschutz – also die politische Polizei – aus freien Stücken aufgesucht

hatte, um dort „Ermittlungsansätze“ über die Täter jener Krawalle zu geben, die in der Silvesternacht am Connewitzer Kreuz randaliert hatten. Spätestens hier fragt sich der neutrale Beobachter: Wieso geht jemand aus diesem Grunde zur politischen Polizei und nicht zu der für solche Delikte zuständigen Instanz? Des Rätsels Lösung ist der „Ermittlungsansatz“, den Wasem dem Staatsschutz liefert: Da gäbe es ein „Rotes antifaschistisches Aktiv Leipzig“, das hinter den Krawallen stecke. Wasem nennt keine Namen, doch er deutet an, dass es da einige „ältere Personen“ gäbe, mit denen sich die Staatsschützer doch mal befassen sollten. Und er gibt auch einen Hinweis, wo diese anonymen „älteren Personen“ zu finden seien: in dem linXXnet-Büro in der Bornaischen Straße. Folglich tauchte dann dort auch die politische Polizei auf, um die „älteren Personen“ zu befragen. Doch alle Mühen waren vergebens – we-

der ein ominöses „Rotes antifaschistisches Aktiv“, das angeblich Leipzig in „Schutt und Asche“ legen wollte, noch eine entsprechende Verbindung mit „älteren Personen“ aus dem linXXnet-Büro konnten „aufgedeckt“ werden.

Wer will es Peter Vonstein und den anderen Betroffenen verdenken, dass sie das Verhalten Wasems als Denunziation ansahen und in ihrer Partei Konsequenzen forderten? Doch dort tat sich nichts dergleichen, worauf sich Vonstein veranlasst sah, in einer PDS-Stadtvorstandssitzung am 12. November 2001 Kopien des Aktenvermerks des Staatsschutzes zu verteilen, in dem die Aussage Wasems dokumentiert ist. Obwohl dieses Papier keine weitere Öffentlichkeit erreichte, zeigte Peter Wasem (als Rechtsanwalt kennt er ja die Paragraphen) Peter Vonstein wegen „verbote- ner Mitteilung über Gerichtsverhandlungen“ an. Die Staatsanwaltschaft sah es ebenso und

erwirkte einen Strafbefehl über 10 Tagessätze zu 15 Euro, wogegen Peter Vonstein Einspruch einlegte.

Weder der Staatsanwalt noch die Richterin zeigten sich willens, den Argumenten von Vonsteins Verteidiger Mathias Luderer zu folgen, der Freispruch beantragte. Im Gegenteil. Der Staatsanwalt forderte nunmehr 15 Tagessätze zu 15 Euro, da Peter Vonstein sich „uneinsichtig“ zeige. Dem mochte Richterin Eppelt-Knochenstiern nicht zu folgen. Wohl sah auch sie den Tatbestand des Paragraphen 353d verwirklicht, beließ es jedoch bei den 10 Tagessätzen. Peter Vonstein hat das Urteil nicht akzeptiert. Er hat Berufung eingelegt.

Peter Wasem war unterdessen aus der PDS ausgeschlossen worden. Seinem Einspruch gegen diese Entscheidung wurde durch die Bundesschiedskommission stattgegeben. Er ist damit weiterhin PDS-Mitglied.

• EDMUND SCHULZ

Der Leipziger Pathologe Arno Hecht, Jahrgang 1932, hat die Courage, die Folgen des Umbruchs 1989/1990 für die DDR-Intelligenz zu analysieren. Sie hat die Bürde des Sündenbocks auferlegt bekommen. Die „Hochschulrenewing in den neuen Bundesländern“ war in der Sache ein „Verdrängungswettbewerb in nie gekanntem Ausmaß“.

Die DDR hatte 1989 zehn Universitäten, 47 Hochschulen und 243 Fachschulen. An ihnen arbeiteten 7516 Hochschullehrer, davon 3469 Professoren und 4047 Dozenten. Eine besondere Konzentration an Hochschulen und Intellektuellen gab es in Sachsen mit 728 Hochschullehrern an der Technischen Universität Dresden, 669 an der Karl-Marx-Universität Leipzig und 299 an der Technischen Universität Chemnitz. Was die „Abwicklung“ betrifft, so gab es in der „romantischen Phase des Aufbruchs“ bis zum Frühjahr 1990 durchaus basisdemokratische Aktivitäten, von denen aber frühere SED-Mitglieder ausgeschlossen waren. Nach dem Mai 1990 machte sich ein „ungebremster Opportunismus“ breit: „Der einsetzende Elitewechsel spülte ... Mittelmaß und Inkompetenz auf die Spitzenplätze der Hochschulen.“ Es entstand eine „Gemengelage aus Haß und Rachsucht“. Es entwickelte sich „eine Atmosphäre von Verdächtigungen, Verleumdungen, Denunziantentum bis zu Gewalttätigkeiten“. Erstunkene und erlogene Sensationsmeldungen käuflicher Journalisten heizten diesen Prozess an.

Nach der Vereinigung verliefen in Wechselwirkung zwei Prozesse: Die Hochschulstruktur der BRD wurde den Strukturen der DDR angepasst, obwohl deren Überholtheit bekannt war. Und mit dem „Strukturwandel“ war eine „Entlassungsorgie“ ohne Beispiel verbunden. Bis Ende 1993 waren etwa 6500 hochqualifizierte Wissenschaftler entlassen. In Sachsen waren zum 1. Juli 1993 2404 Wissenschaftler betroffen, d. h. 81,9

Abwicklung der DDR-Intelligenz und sogenannte Hochschulrenewing

Nun gleicht der Osten dem maroden Westen

Prozent der ursprünglichen Zahl von 1990. Allein durch die „Personalkommissionen“ wurden 1400 „Empfehlungen“ zur Entlassung ausgesprochen, was zu widerrechtlichen Abberufungen in etwa 900 Fällen führte. Hinzu kam die „Abwicklung“ außeruniversitärer Einrichtungen, von denen die Akademie der Wissenschaften mit 12 000 Mitarbeitern die größte war. Die Akademie wurde am 31. Dezember 1991 geschlossen. Alle Mitarbeiter wurden entlassen. Erinnernte sich niemand der nun Verantwortlichen, welche Proteste es jenseits der Elbe gab, als ein Mitarbeiter, Professor Dr. Havemann, zu DDR-Zeiten satzungswidrig entlassen worden war?

Die „Abwicklung“ der DDR-Intelligenz war ein Ziel der befohlenen „Delegitimierung“ der DDR. Hecht betrachtet zu Recht die Formel vom „Unrechtsstaat“ DDR als „Kunstprodukt“ und untersucht deren Funktion bei der Ausgrenzung der „Staatsnahen“. Es verdient Respekt, mit welcher profunden Kenntnis des Völkerrechts und der einschlägigen Literatur sich Hecht mit den Klischees (z. B. der Totalitarismus-Formel) auseinandersetzt, die die „Abwicklung“ rechtfertigen und flankieren sollen. Sie hatte den Charakter einer rechtswidrigen Verfolgung, die in Sachsen besonders rigoros und willkürlich stattfand. Ein Leipziger Prorektor dazu: „So, wie man Personaldinge eben behandelt, da gibt es keine festen Kriterien.“ Wissenschaftsminister Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, führender Mann im Zentralkomitee deutscher Katholiken, trägt nachweisbar eine besondere Verantwortung für den Umfang, die Methoden und die Ergebnisse

der „Abwicklung“. Aus einer Antwort Meyers auf eine parlamentarische Anfrage im Jahre 1999 ergibt sich, dass etwa 80 Prozent der 1989/90 in Sachsen beschäftigten Hochschullehrer „durch Abwicklung oder wegen persönlicher Nichteignung ausscheiden mussten“. So besteht kein Zweifel, dass die meisten Entlassungen politisch moti-

Professoren an Universitäten, bei den Juristen gar 90 Prozent, „Westimport“. Die Tatsache, dass Sachsen bei der „Abwicklung“ besonders rigoros vorging und die Begründung für Kündigungen meist fragwürdig war, führte zu 1807 Klagen der Betroffenen vor dem Amtsgericht, von denen die meisten, 1164, zu Vergleichen führten. In nur 30

Seit dem 3. Januar 1976 waren die UNO-Konventionen für politische und für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte in Kraft. Wie viele ihrer Festlegungen sind missachtet und gebrochen worden? Nach Artikel 2 der Konvention für politische Rechte hat jeder Staat „allen in seinem Gebiet befindlichen und seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen ohne Unterschied der ... politischen oder sonstigen Anschauung ...“ die gleichen Rechte zu gewähren. Intellektuelle der DDR unterstanden, ob gewollt oder nicht, ab 3. Oktober 1990 der Herrschaftsgewalt der BRD.

viert waren, das heißt gegen die Menschenrechtskonventionen verstießen. Zu den Folgen der „Abwicklung“ gehörte, dass viele Wissenschaftler in die Arbeitslosigkeit gestürzt wurden und ihr frei gewordener Platz von „Importen“ aus den alten Bundesländern besetzt wurde. Sozusagen eine „personelle Transformation“, die auf eine „Verwestlichung“ hinausläuft. De facto begann ein Prozess, den Prof. Dr. Meyer noch Anfang 1991 öffentlich eine „Kolonialisierung unserer Einrichtungen durch westdeutsche Fachleute“ nannte, um dann eben diese „Kolonialisierung“ zu organisieren. Weil er vom Saulus zum Paulus mutierte? Oder „fremdbestimmt“ handelte?

Inzwischen sind 48 Prozent der

Fällen wurde der Klage nicht stattgegeben. Und das, obwohl inzwischen „Westrichter“ die Justiz in Sachsen beherrschten. Zudem befahl Meyers „schwarze Liste“ den Rektoren die Entlassung von 884 Wissenschaftlern (wobei bei einem sogar eine Verwechslung vorlag). Ein besonderes Kapitel der Abrechnung mit der DDR-Intelligenz sind die Strafrenten und die Ausgrenzung von Hochschullehrern aus dem wissenschaftlichen Leben und Publikationsorganen. In Leipzig sprach der Kanzler der Universität gegenüber dem Physiologen Professor Dr. Schwartz ein Hausverbot aus, das die Nutzung der Bibliothek einschloss.

Interessant auch die die „Hochschulrenewing“ im „Mei-

nungsspiegel“ der Öffentlichkeit. Wobei verständlich ist, dass das Urteil von „Gewinnern“ und „Verlierern“ nicht identisch sein kann. Jedenfalls ist das Verhalten jener ostdeutschen Wissenschaftler schon beschämend, „die mehr oder weniger angepasst an ostdeutschen Hochschulen „überlebt“ haben.“ Da gibt es Beispiele von erbärmlichem Opportunismus und Denunziantentum. Der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Professor Dr. Simon, zog 1995 aus den Ergebnissen der „Abwicklung“ ein erstaunliches Fazit: „Am Ende errichteten die beidseitigen Vereinigungsgewinnler im Osten die Universität der Zukunft: Sie gleicht der maroden Universität des Westens wie ein Ei dem anderen. Und obendrein sind beide Eier faul.“

Welcher Deutsche hat Nutzen von „faulen Eiern“? Wer braucht sie? Und warum solche Einseitigkeit? Der Umgang der BRD mit den Eliten der Nazizeit spricht Bände: Da gibt es beispielsweise das Urteil Karl Heinz Heinemanns aus dem Jahre 1992: „Während die „personelle und institutionelle Kontinuität“ weder 1933 noch 1945 in den Westzonen durchbrochen wurde, marschierten im Osten die westdeutschen Kolonisatoren ein, um ein Exempel zu statuieren.“ Die Ergebnisse sind unübersehbar.

Ein Vergleich ergibt: 1933 waren 1147 Hochschullehrer, das heißt 15 Prozent, vornehmlich Juden, entlassen worden, 1945 etwa 4000, von denen die meisten schnell wieder „integriert“ wurden.

Warum vollzog sich das „Zusammenwachsen“ dessen, was „zusammengehörte“, so völlig anders? Übrigens auch anders als in den ehemals sozialistischen Bruderländern?

• HORST SCHNEIDER

Feindliche Übernahme oder Integration? Verlag Faber & Faber, Leipzig 2002, 312 Seiten, 29,70 Euro

PDS und Deutschland

VON LOTHAR BISKY

Die Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat hat einen massiven Sozialabbau beschlossen. Statt eines Beitrages zum Abbau der Arbeitslosigkeit haben sich SPD und Grüne mit CDU/CSU und FDP auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosen geeinigt. Diese Politik nimmt Armut nicht nur billigend in Kauf, sondern produziert sie massenhaft. Entgegen den Behauptungen des Bundeskanzlers haben Millionen Deutsche im kommenden Jahr nicht mehr, sondern deutlich weniger Geld in der Tasche: Langzeitarbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, Fernpendler, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen, Niedrigverdiener sind die Opfer einer sozial und ökonomisch unverant-

Reformkompromiss ist Rohrkrepierer

wortlichen Politik, die den Osten besonders hart trifft. Der sogenannte Reformkompromiss ist ein Rohrkrepierer, der Deutschland nicht nach vorn, sondern tiefer in die Krise bringt.

Meine Hochachtung gilt jenen Mitgliedern des Bundestages, die sich dem weigern haben. Ich bin froh, dass die Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern in den entscheidenden sozialen Fragen im Bundesrat den Vermittlungsergebnissen nicht zugestimmt haben. Die PDS hat damit klar gemacht, was mit ihr nicht zu machen ist – eine Politik der Umverteilung von unten nach oben, die Verarmung zur Folge hat, die Niedriglöhne als Wundermittel gegen Arbeitslosigkeit preist, die den Osten abschreibt und die Kommunen verdorren lässt.

Was die Mehrheit im Bundestag und Bundesrat heute beschlossen hat, ist das Ergebnis eines faulen

Kompromisses, der nicht einmal für eine konjunkturelle Seifenblase taugt. Es ist zu befürchten, dass der 19. Dezember 2004 als Tag des Lohndumpings in die Geschichte des Landes eingehen wird – was im Osten seit Jahren gang und gäbe ist, soll nun zum Modell fürs ganze Land gemacht werden: Deutschland, einig Niedriglohnland. Auf der anderen Seite steht eine staatliche Reichthumpflege, die dazu beiträgt, die öffentlichen Haushalte nicht zu sanieren, sondern zu ruinieren. Für ein Land wie Berlin mit einer Haushaltsnotlage ist eine solche Politik doppelt fatal. Auch deshalb war es wichtig, den Vermittlungsergebnissen in entscheidenden Punkten nicht zuzustimmen. Sozialer Widerstand und politische Alternativen sind nötiger denn je.

Die PDS wird sich daran beteiligen und eigene Vorschläge für sozial gerechte Reformen machen.



Arbeitsmarktpolitik mit Illusionen

Vor Silvester blickte Sachsens DGB-Chef Lucassen auf das Arbeitsmarktgeschehen des Jahres zurück und äußerte dabei scharfe Kritik an der Haushaltsführung der Bundesanstalt für Arbeit: „Erst wird die Parole ausgegeben, ohne Bundeszuschuss auskommen zu wollen. Nach wenigen Monaten stellt sich das als blanke Illusion heraus, weil die Arbeitslosigkeit neue Rekordwerte erreicht. Dann werden Einsparvolumen herausgegeben, wobei z. B. Pirna ein größeres Sparziel vorgegeben wird als Baden-Württemberg. Zur Mitte des Jahres läuft die Einsparung bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen so gut, dass jetzt in Sachsen rund 100 Millionen Euro an Nürnberg zurückgegeben werden können. Dafür kürzt Nürnberg nun gleich den Haushaltsansatz für Arbeitsmarktpolitik in Sachsen um rund 470 Millionen Euro für 2004. Damit fällt ein Drittel der finanziellen Ausstattung für ABM und Umschulung sowie Eingliederungszuschüssen weg.“ Neue Arbeitsplätze seien leider nicht entstanden. Die Zahl der offenen Stellen bei den Arbeitsämtern bewege sich auf einem Tiefstand.

Peter Porsch, PDS-Fraktion Sachsen:

2003 letztes Jahr des Sozialstaates? Wir wehren uns!

LN. Zum Jahreswechsel erklärte der Vorsitzende der sächsischen PDS-Landtagsfraktion, Prof. Peter Porsch: „Das Jahr 2003 wird wohl kein „mittleres Jahr“ gewesen sein – etwas schlechter als das vorhergehende und etwas besser als das kommende. Das Jahr 2003 droht ein letztes Jahr gewesen zu sein, das endgültig letzte Jahr des Sozialstaates, wie wir ihn bisher kannten. Alles ist dafür vorbereitet, alle Parteien sind darauf eingestimmt – bis auf eine: die PDS. Wir wehren uns! Die sächsische PDS hat bis zuletzt im Landtag versucht,

den Ministerpräsidenten zu bewegen, gegen einen faulen Kompromiss zu stimmen, der die Lasten auf Langzeitarbeitslose verlagert und sie nötigt, für jeden beliebigen Lohn jede beliebige Arbeit an jedem beliebigen Ort anzunehmen.“ Die hälftige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei Geschichte, und alles solle erst ein Anfang sein, dem im Jahre 2004 das für viele bittere Ende folgen könne. Das alles kann, muss aber nicht sein, so Porsch, denn 2004 ist auch Wahljahr, auch in Sachsen. Das

sei eine Chance, die Alternative zur derzeit herrschenden Politik so zu stärken, dass das Schlimmste verhindert und eine andere Politik auf den Weg gebracht werden könne. Seine Glückwünsche für 2004 verband Porsch mit der Feststellung: „Alles, was Sachsen im vergangenen Jahr doch an Positivem erreicht hat, ist dem Fleiß und dem Einfallsreichtum, der Heimatverbundenheit und Zuversicht seiner Bürgerinnen und Bürger geschuldet. Dafür muss man dankbar sein und dafür will ich mich auch im Namen meiner Fraktion bedanken.“

Die LVA Sachsen 2004

Vertreterversammlung. In sinkenden Beitragseinnahmen bei latent hoher Arbeitslosigkeit und steigenden Kosten sieht die alternierende Vorsitzende des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Sachsen, Renate Bosse, die Gründe für kurzfristige Entscheidungen zur Sicherung des Rentensystems. Im Bericht an die Vertreterversammlung im Dezember betonte sie, dass künftig „über alle maßgebenden politischen Interessen hinweg Einigkeit darüber besteht, an der beitragsfinanzierten Rente und dem Umlageverfahren als tragender Säule der Rentenversicherung festzuhalten.“ Auch die paritätische Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehe nicht in Frage. Für die geplante Fusion der

drei Landesversicherungsanstalten Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur LVA Mitteldeutschland sind, wie Renate Bosse feststellte, die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Bereits seit Mitte 2003 arbeite man in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Ob man bereits im Januar 2005 fusionieren könne, hänge in erster Linie vom Beschluss des Bundestages zu einer bereits eingebrachten Gesetzesinitiative ab. **LVA-Haushalt.** Der LVA Sachsen sind in diesem Jahr 14,18 Milliarden Euro verfügbar – mit 117 Millionen Euro 0,85 Prozent mehr Mittel als 2003. Größter Ausgabenposten sind mit rund 13,5 Milliarden Euro die Rentenzahlungen. Für Rehabilitationen sind 199 Millionen Euro geplant. (LVA / LN)

Vorm Ausschuss

LN. Kurz vor Weihnachten wurde Ministerpräsident Milbradt vom Landtags-Untersuchungsausschuss zur Sachsenring-Affäre vernommen. Zu den Ergebnissen äußerte der Obmann der PDS-Fraktion, Klaus Tischendorf: „Es ist für uns völlig undenkbar, dass ein für seine Sparsamkeit bekannter Finanzminister nicht nachgefragt hat, wieso die staatliche Beihilfe an Sachsenring von 25 auf 29 Millionen Mark erhöht worden ist.“ Ebenso unbegreiflich sei, dass er keinen Handlungsbedarf sieht, wenn ein korruptionsverdächtiger Beamter den Freistaat weiterhin in Brüssel vertritt. Zur Sachverhaltsaufklärung trug Milbradt nichts bei. Er konnte aber die Vorwürfe hinsichtlich der getarnten Wahlkampagne „Sachsen für Sachsen“ nicht entkräften.

Schuldenlast in Sachsen am größten

LN. Der Gemeindefinanzbericht des Sächsischen Städte- und Gemeindetages weist aus, dass die Städte und Gemeinden des Freistaates im bundesweiten Vergleich am höchsten verschuldet sind. Laut Geschäftsführer Woitschek nehmen die Kommunen so wenig an Steuern ein wie im Jahr 2000 und die Einnahmepotenziale seien weitgehend erschöpft. Mit der Reduzierung der Personalkosten um knapp ein Fünftel seit 1996 seien die Möglichkeiten, Ausgaben zu senken, ausgereizt. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Sachsen beträgt 1231 Euro – bei einem Bundesdurchschnitt von 1141 Euro und einem ostdeutschen Durchschnitt von 1165 Euro. Seit Jahren sinken die Investitionen. Peter Porsch, PDS-Fraktionschef im Landtag, kommentierte: „Dass Sachsen der Primus der neuen Bundesländer sei, wird uns zwar oft gesagt, in nüchternen Zahlen ausgedrückt zeigt sich aber, dass Sachsen im günstigsten Fall ein vielleicht etwas helleres Schlusslicht ist.“ Zahlen belegten dass die von den Biedenkopf und Milbradt gern als Aushängeschild ihrer Politik gebrauchte geringe Verschuldung Sachsens einen verheerenden Preis hat: die bundesweit höchste Verschuldung ihrer Kommunen. Der Ministerpräsident hätte im Bundesrat der faktischen Aussetzung einer Gemeindefinanzreform und der drohenden kommunalen Finanzierung des Arbeitslosengeldes II keinesfalls zustimmen dürfen.

16. Dezember. Nach einer Studie der Zeitschrift „Focus“ zur wirtschaftlichen Attraktivität der Stadt- und Landkreise Deutschlands liegt Görlitz auf dem 439. und letzten Platz, Löbau-Zittau auf dem drittletzten. Unter den 50 unattraktivsten befinden sich 18 aus Sachsen.

Delitzsch. Die Kreiswerke haben ihre Pläne zur Errichtung einer Müllverbrennungsanlage aufgegeben und das Vergabeverfahren für die Restabfallbehandlung im Landkreis eingestellt.

Chemnitz. Der Täter, der seit September 2002 mehr als 2000 Reifen zerstochen hat, wird von der Polizei festgenommen.

19. Dezember

Dresden. PDS- und SPD-Politiker fordern von der Landesregierung eine Neuorganisation der Betreuung Behinderter in Werkstätten und Heimen. Der zuständige Landeswohlfahrtsverband als Einrichtung der Gemeinden sei wegen seiner katastrophalen Finanzlage total überfordert, künftig die Betreuung zu gewährleisten. Eine Abstimmung über den Verbandsetat 2004 war gescheitert.

Dresden / Chemnitz. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz hat die Ermittlungen gegen die frühere sächsische Sozialministerin Weber in Sachen Betrug und Untreue eingestellt. Begründet wird dies

SACHSEN-CHRONIK

(16. Dezember bis 6. Januar)

mit „unklarer Rechtslage“ zum Zeitpunkt ihrer Beantragung von Fluthilfe.

23. Dezember.

Dresden. Ein von der sächsischen SPD-Vorsitzenden Constanze Krehl 4700-fach versandtes Video, in dem sie Weihnachts- und Neujahrsgrüße mit Werbung in eigener Sache verbindet und sich als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl empfiehlt, stößt auf den Unmut vieler Mitglieder ihrer Partei.

24. Dezember

Chemnitz. Der Präsident des Landesarbeitsamtes, Karl-Peter Fuß, teilt mit, dass der Behörde im Jahre 2004 nur 1,3 Milliarden Euro für ABM, Weiterbildung und andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen. Im abgelaufenen Jahr waren es noch 1,78 Milliarden Euro.

Dresden. Laut Wirtschaftsminister Gillo erwartet Sachsen für 2004 mit 2,2 Prozent ein Wirtschaftswachstum über dem Bundestrend. Er wertet das als „eine Be-

stätigung für Sachsens Leuchtturmpolitik in den vergangenen 13 Jahren“.

29. Dezember

Dresden. Während die Magdeburger Museen ab Februar freien Eintritt gewähren wollen, erwägt der sächsische Wissenschafts- und Kunstminister Rößler eine Anhebung der Eintrittspreise.

Dresden. Eine Befragung von 505 Bürgern der Stadt ergibt, dass der Verzicht Wolfgang Tiefensees auf eine Spitzenkandidatur zu den Landtagswahlen 2004 der SPD einen Stimmenverlust von etwa zehn Prozentpunkten kostet.

31. Dezember

Leipzig. Das Büro für Existenzgründer beim Arbeitsamt – eine mit dem Unternehmerverband gemeinsam betriebene Einrichtung – stellt seine Tätigkeit ein. Grund sind neue Förderrichtlinien der Bundesanstalt für Arbeit. Betroffen ist auch der Sozialpädagogische Dienst des Arbeitsamtes, der bisher besondere Problemfälle bearbeitete.

1. Januar

Chemnitz/Zwickau. Die Bahnwerke beider Standorte wurden geschlossen, die „schwere Instandhaltung“ wurde eingestellt. Aus dem Zwickauer Werk soll eine Servicewerkstatt mit 50 Mitarbeitern, aus dem Chemnitzer ein Fachzentrum u. a. für Getriebeaufbereitung werden.

Chemnitz. Im Zuge des Umbaus der Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur erhält das bisherige Landesarbeitsamt den Status einer Regionaldirektion mit dem bisherigen Präsidenten als Vorsitzendem Mitglied. Ein Teil des Personals soll in die zehn sächsischen Arbeitsämter verlagert werden.

Dresden / Leipzig. Die Völkerkundemuseen beider Städte werden vereinigt und haben fortan als „Staatliche Ethnographische Sammlungen“ eine einheitliche Leitung und Verwaltung. Bis 2010 sollen laut Minister Rößler 30 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut werden.

2. Januar

Dresden. In Sachsen fehlen nach Angabe von Umweltminister Flath eine Milliarde Euro für den Hochwasserschutz. Bei einem Bedarf von 1,7 Milliarden Euro in den kommenden Jahren kämen 700 Millionen Euro aus dem europäischen und deutschen Hochwasserfonds.

Es ist ein bleibendes Verdienst der Bundestagsabgeordnetengruppe PDS/Linke Liste und ihres damaligen außenpolitischen Sprechers Hans Modrow, die Diskussion über den Vereinigungsprozess der Europäischen Union (EU) in der PDS 1991 initiiert und befördert zu haben. Den damals vorherrschend konservativen Regierungen und ihren Europa-Politiken sollten linke alternative Konzepte entgegengesetzt werden. So sollte der westeuropäische Vereinigungsprozess nicht von der Hegemonie einzelner Staaten, wie Frankreich und Deutschland, bestimmt werden, vielmehr sollte der KSZE-Prozess für Europa bestimmend sein. Bei der Neuaufteilung des sich herausbildenden inner-europäischen Marktes sollten nicht nur die Monopole Nutznießer sein. Aktueller denn je ist die damalige Forderung, statt einer fast ausschließlichen EU-Politik zur Sicherung der Macht- und Profitinteressen des Kapitals auch demokratische Rechte und Menschenrechte für alle zu sichern und dabei Gewerkschaften, demokratischen Bewegungen der Frauen und Jugendlichen Chancen der Mitwirkung einzuräumen.

Eine wirkliche Demokratie bedingt auch den Wettbewerb unterschiedlicher Eigentumsformen wie gesellschaftliches (länder- oder kommunales, genossenschaftliches etc.) und Privateigentum an Produktionsmittel sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten. Entsprechende Ergänzungen wurden im neuen Parteiprogramm der PDS mit großer Mehrheit auf dem Chemnitzer Parteitag von den Delegierten beschlossen.

Schon 1991 wurde festgestellt, dass neben den USA vor allem Westeuropa auf Kosten der Dritten Welt lebt. Der Wittenberger Pfarrer und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer sagte bereits 1990: „Wenn das größere Deutschland mit seinen Nachbarn künftig so umgeht, wie Westdeutschland mit uns Ostdeutschen, dann gnade Gott Europa.“

Die PDS stellt im Europa-Wahlprogramm vor allem jene Politikfelder in den Mittelpunkt, die bereits heute und noch stärker in Zukunft von der Europäischen Union bestimmt, zumindest aber beeinflusst werden. Dazu gehört: **ein soziales Europa mit Nachhaltigkeitsstrategie, die Entwicklung einer europäischen Binnenwirtschaft mit ausgewogener Leistungs- und Handelsbilanz, eine Währungspolitik für Preisstabilität und Vollbeschäftigung, Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und solidarische Lohnpolitik mit garantierter flächendeckender Tarifautonomie.** In der Beschäftigungspolitik muss die selbst gesteckte Zielstellung der Vollbeschäftigung bis 2010 erreicht werden, was einschließt, Männer und Frauen gleichzustellen, die



„... Dann gnade Gott Europa!“

Die Alternative der Sozialisten zur Europa-Wahl 2004 VON SIEGFRIED SCHLEGEL

öffentlich geförderte Beschäftigung auszuweiten und der Arbeit ein menschliches Maß zu geben, wozu auch die qualifizierte Aus- und Weiterbildung sowie erforderliche Umschulungen gehören.

Für die PDS gehört zur EU-Sozialpolitik ein **garantierter Anspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen, sozialer Schutz und Wohlfahrt sowie demokratische Teilhabe.** Dem bisherigen Hauptziel des EU-Binnenmarktes, der deutlichen Erhöhung des Wirtschaftswachstum durch möglichst niedrige Produktionskosten, ausschließlich nach betriebswirtschaftlicher Logik, muss ein **ökologischer Strukturwandel** entgegengesetzt werden mit effizienterem Ressourceneinsatz, mit ökologisch gestalteter Verkehrspolitik, mit umweltverträglicher Produktion sowie Abfallvermeidung und Gewässerschutz. Die PDS will sich für den Schutz öffentlicher Güter und die Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs zu allen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge einsetzen – Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlicher Personennah- und Fernverkehr, Sozialbe-

treuung und Kultur.

Zur Demokratisierung und zum fairen Wettbewerb gehört auch die Überarbeitung der Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe, die nach meiner Ansicht bei Gewährung von Fördermitteln und Steuerabschreibungen auch bei privaten Vergaben anzuwenden sind.

Der wirtschaftliche, soziale, kulturelle und territoriale Zusammenhalt wird durch die **harmonische Entwicklung aller Regionen** mit gezielter Förderung entschieden. Meiner Meinung nach müssen auch aus ökologischer Vernunft regionale Wirtschaftskreisläufe künftig eine größere Rolle spielen. Die sogenannte *Globalisierung* ist in Wirklichkeit gar keine nach einer ausgewogenen Weltwirtschaft strebende, sondern eine USA-zentrierte Wirtschaftsstrategie, an der die EU und Japan partizipieren wollen und die tatsächlich die Spaltung der Welt in arme und reiche Länder und Bevölkerungsgruppen zu zementieren sucht. Auch in der EU müssen schrittweise, aber zielstrebig bestehende Wohlstandsgefälle wie auch Unterschiede zwischen den zentralen und den bisherigen Grenzregionen überwunden

werden.

Die PDS fordert eine Neuausrichtung der maßgeblich von der EU bestimmten Agrarpolitik auf eine wirtschaftliche, sozial und ökologisch nachhaltige sowie multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft in den Regionen.

Schwerpunktmäßig will die PDS auch die **Demokratisierung der Union** mit mehr unmittelbarer Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger voranbringen. Wie 1968 erstmalig für die Verfassung der DDR praktiziert, könnte über eine Verfassung der EU auch durch die Bürgerinnen und Bürger direkt abgestimmt werden. Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit darf es nicht nur in der Papierform geben, sondern sie muss auch im Leben umgesetzt werden. Noch zu oft wird willkürliche Rechtsauslegung deutscher Richter als Recht hingegenommen.

Auch die Gegenwart zeigt, dass eine **friedensbewahrende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** einer wirklichen Europäischen Union, die auf Gewaltanwendung verzichtet, aktiv daran mitwirken kann, in aller Welt internationale Probleme friedlich, kooperativ und gerecht zu lösen. Solange, die EU nicht allen europäischen Staaten offen steht, ist in Europa durch Stärkung der OSZE und generell weltweit der UNO und ihrer Organisationen entscheidendes Gewicht beizumessen. Die Entmilitarisierung der EU-Außenpolitik könnte zugleich eine zunehmende Unabhängigkeit von hegemonialen Bestrebungen der USA bewirken.

Die Förderung von **Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport** sowie die bewusste Nutzung länder- bzw. regionaler Eigenheiten sind für die Zukunft in diesem Jahrhundert Schlüsselressourcen auch im europäischen Einigungsprozess.

Es wird offensichtlich, dass politische Aktivitäten in den **Kommunen und Ländern** bzw. in einzelnen Staaten wichtig sind, aber ebenso wichtig ist, ob sich die Rahmenbedingungen in der gesamten Union an den Interessen der Völker orientieren oder sich gegen diese richten. Eine starke und geeinte europäische Linke ist mehr denn je ein aktuelles Erfordernis.

Das Scheitern der Verabschiedung der **EU-Verfassung** (das Wahlprogramm der PDS ging von einer Annahme aus!) bietet die Chance, noch stärker grundlegende soziale und Menschenrechte in die Diskussion zu bringen, die offensichtlich bisher eine zu geringe Rolle gespielt haben. Die Antragskommission für den bevorstehenden Parteitag der PDS ist bereits mit der Bearbeitung von Änderungsanträgen des Wahlprogramms beschäftigt.

Wie steht es um die Gründung einer europäischen Linkspartei? Darüber wird Hans Modrow am 23. Februar in Leipzig sprechen. Noch im Januar kommen in Berlin Vertreter der Spanischen Vereinten Linken, der griechischen Synaspismos, der FKP, der Partei der Kommunistischen Neugründung (Italien) und der Partei der Italienischen Kommunisten, der PDS und der AKEL (Zypern) zusammen, um sich über programmatische Grundsätze und statutarische Regeln einer solchen Partei zu verständigen. Vier skandi-

Vor linker Europa-Partei

navische Linksparteien, die Portugiesische KP und die Koalition De Lenk (Luxemburg) haben Beteiligung signalisiert oder schicken Beobachter.

Helmut Scholz, Leiter des Referats Internationale Verbindungen/Internationale Beziehungen beim Bundesvorstand der PDS, schreibt hierzu:

„Konsens ist, dass die weitere Arbeit an der Schaffung einer Linkspartei offen und transparent erfolgen muss, dass es dar-

um geht, die Mitgliedschaft der Parteien einzubeziehen und mit ihr gemeinsam, aber auch mit SympathisantInnen die weiteren konkreten Schritte zu beraten. Zugleich handelt es sich um das sehr sensible Feld der Souveränität und Eigenständigkeit der Parteien – was gerade auch im europäischen Maßstab mit den Bevormundungen aus „Moskau“ und anderen Zentralen regierender Staatsparteien in der Zeit der Ost-West-Blockkon-

frontation, mit den Versuchen eigenständiger Entwicklungswege (Stichwort: Eurokommunismus), mit Ungarn 1956 und Prag 1968 und Afghanistan 1978 und den damit verbundenen innerparteilichen Debatten sehr viel zu tun hat.

Vor diesem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte ist die Linke dazu aufgerufen zu begreifen: Keiner von uns ist im Besitz der Wahrheit, der Kenntnis des richtigen Weges, der Überzeugung nur einer Antwort. Es geht um die Entwicklung der politischen Alternativen im ge-

meinsamen Erringen, über die sie Glaubwürdigkeit und Ausstrahlung in die Gesellschaft hinein gewinnen und vermitteln können. Dazu gehört auch das Nachdenken über die besten Formen und Strukturen einer solchen neuen Parteikonstruktion. ... Es geht eben nicht nur um Steuergelder aus dem EU-Budget (für die Europa-Parteien – LN), was für 2004 nach jahrelangen Debatten im Europaparlament und in den anderen europäischen Institutionen im September vergangenen Jahres endlich beschlossen wurde.“

Polen und Deutsche – Umsiedlung / Vertreibung

Wolfgang Bittner entfachte mit seinem Beitrag (LN 23 '03) „Die Gegenwart der Vergangenheit“ ein heftiges Kontra, aber auch Pro. Die Debatte in Leipzigs Neue wird fortgesetzt.

In LN 24 '03 hat Kurt Schneider in sehr vernünftiger Weise zu meinem Beitrag „Die Gegenwart der Vergangenheit“ Stellung genommen. Ich stimme mit vielem überein, insbesondere was die Annäherung zwischen Deutschen und Polen angeht. Wir müssen zu normalen gutnachbarlichen Beziehungen kommen, daran geht kein Weg vorbei. Dabei nützt es aber keinem, wenn wir in der Diktion des Kalten Krieges von „Überführung deutscher Bevölkerungs-

Die Replik von Kurt Schneider „In Potsdam geregelt“ zum Beitrag von Wolfgang Bittner findet meine ungeteilte Zustimmung, zumal auch ich nach den Wirren des Kriegsgeschehens und kurzer Rückkehr in die schlesische Heimat im September 1945 von der Glatzer Neiße an der Lausitzer Neiße ein neues Zuhause fand. Meine Erlebnisse weichen kaum ab. Allerdings war in der Familie vorherrschend, dank der antifaschistischen Gesinnung meines Vaters, dass der Zorn über den erlittenen Verlust der vertrauten Umgebung, die Trennung von Verwandten und Freunden, die Zerstörung der Existenz sich gegen die faschistischen Urheber mit ihrer Germanisierungs- und Rassenpolitik richtete. Aber ebenso ablehnend habe ich mich gegen Versuche deutscher und polnischer Historiker bzw. Politologen gewandt, die polnischen Westgebiete aus der Geschichte zu legitimieren.

Die heutigen Vertriebenensprecher in den Landsmannschaften stützen sich allerdings auf umfangreiche einseitige Veröffentlichungen von Historikern der BRD, die Ursachen und Folgen auf den Kopf

Unstrittiges zwischen allen Beteiligten sei vorangestellt: die Übereinstimmung in der Zielstellung, ein gutnachbarliches Verhältnis zu Polen ebenso wie die seit Jahren bestehenden persönlichen freundschaftlichen Beziehungen mit vielen dort lebenden Menschen zu befördern. Deutschlands endgültiger Verzicht auf seine ehemaligen Ostgebiete ist dabei eine ebenso unbedingte Voraussetzung wie die Anerkennung des faschistischen deutschen Aggressionskrieges gegen Polen als Verbrechen. Brutale Ausrottungspolitik und Entrechtung sowie massenhafte Zwangsumsiedlung und Verschleppung von Millionen Menschen zur Zwangsarbeit haben tiefe Verletzungen hinterlassen und Hass, Misstrauen und Aversionen gegenüber „den Deutschen“ hervorgebracht. Dass viele Wunden auch lange Jahrzehnte nach Kriegsende nicht verheilt sind, hat Ur-

Warum muss Vertreibung beschönigt werden?

teile“, von „Aussiedlung“ oder „Umsiedlung“ sprechen, um unseren polnischen Nachbarn nicht zu nahe zu treten und uns als die „guten Deutschen“ darzustellen. Es hat eine Vertreibung in äußerst inhumaner Weise stattgefunden, mit Raub, Mord und Totschlag, wie ich aus eigener Erfahrung weiß. Mag sein, dass manchen Deutschen diese schrecklichen Ereignisse, die längst nicht alle mit Kriegshandlungen zu tun hatten, erspart blieben, dass sie mit ihren 20 Kilo Gepäck tatsächlich „aussiedeln“ konnten. Aber es bleibt festzustellen, dass ab Frühjahr 1945 eine ethnische Säuberung in den von Polen besetzten deutschen Ostgebieten stattfand und bis in die jüngste Vergangenheit alles Deutsche gelehnt und unterdrückt wurde. Warum muss das beschönigt und vernebelt werden? Können wir uns nicht endlich – 58 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs – den geschichtlichen Tatsachen und damit der Wahrheit stellen? Wem schadet das? Wir stellen uns auch der geschichtlichen Wahrheit, wenn es um die Verbrechen der Deutschen

während der Nazizeit geht. Und wir sind doch nicht nur Angehörige des deutschen Volkes hinsichtlich „unserer“ Verbrechen, sondern auch dann, wenn es um die Vertretung deutscher Interessen geht, die es natürlich ebenso gibt wie polnische Interessen (die außerordentlich selbstbewusst und oftmals rigoros vertreten werden, das habe ich 2003 bei einem fünfmonatigen Aufenthalt in Polen ständig erlebt).

Die Vertreibung der Deutschen ist auch nicht vergleichbar – wie entgegeng gehalten wird – mit der Vertreibung von Polen aus den ehemals polnischen Ostgebieten (die übrigens unter Marschall Pilsudski 1920 annektiert worden waren). Denn die polnische Bevölkerung kam in den ehemals deutschen Ostgebieten überwiegend in vollständig eingerichtete Wohnungen, Betriebe und Bauernhöfe, während die meisten deutschen Vertriebenen, deren Familien nicht selten jahrhundertlang zum Beispiel in Schlesien oder Ostpreußen ansässig waren, lange Zeit in Barackenlagern und Notunterkünften dahinvegetierten, nicht selten diskriminiert von der

einheimischen deutschen Bevölkerung. Ich empfinde Mitleid für diese Heimatvertriebenen, wie auch für die unter den Nazis gequälten Menschen und für das polnische Volk. Aber es fällt mir schwer, Mitleid für Menschen zu empfinden, die kein Mitleid für andere haben – das gilt für alle Seiten. Im Übrigen werden Unrecht und Leid individuell erfahren, ebenso wie Verbrechen individuell verübt werden. Man kann das nicht allgemein und abstrakt sehen, schon gar nicht gegeneinander aufrechnen – auch das gilt für alle Seiten.

Insofern komme ich immer mehr zu dem Schluss, dass ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ (nicht für Vertreibungen) nötig ist, um denjenigen in Deutschland, die bis heute die Vertreibung von etwa 13 Millionen aus ihrer Heimat beschönigen oder ignorieren, die Tatsachen und damit die geschichtliche Wahrheit vor Augen zu führen. Selbstverständlich dürfen dabei die Ursachen der Vertreibung, die verbrecherische Raub- und Eroberungspolitik des deutschen Faschismus, die – wie Kurt Schneider sehr richtig geschrieben hat – von der Mehrheit aller Deutschen gebilligt wurde, nicht außer Acht gelassen werden. Und auch die Vertreibung der polnischen und der jüdischen Bevölkerung sollte dokumentiert werden.

WOLFGANG BITTNER, KÖLN

Vertriebenen-Euphoriker und politische Intentionen

stellen, zumal sie bereits Hitlers Rassenpolitik dienten. Gründlichen Aufschluss bietet die Edition des „Fischer Taschenbuch Verlages“ vom August 2000 über die Rolle „Deutsche(r) Historiker im Nationalsozialismus“, die den Forschungsstand des 42. Deutschen Historikertages von 1998 zusammenfasst und Einblick über die Beteiligung führender Historiker an der Etablierung und Stabilisierung des Hitlerregimes gibt. Sie betätigten sich als engagierte Kollaborateure der nationalsozialistischen Volkstums- und Besatzungspolitik, der Eroberungs- und Zwangsaussiedlungspraxis besonders gegen Polen, zeigten ihre Übereinstimmung mit der antisemitischen Politik, der „Entjudung“.

Immerhin handelt es sich um die Historikerelite, um Karl Erdmann, Werner Conze, Peter Rassow, Theodor Schieder u. a., die eine „völkische Flurbereinigung“ propagierten und hierfür den Nazis ihre „Denkschriften“ lieferten. Diese Großen ihres Fachs in der BRD verkörperten zugleich Kontinuität. Ihre Denkkategorien reiften in der Zeit vor 1945, wie ihr methodisches und theoretisches Instrumentarium. Besonders makaber war z. T. ihre Teilnahme unter der Federführung von Theodor Schieder an der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost Mitteleuropa“, deren Ausarbeitung ein Jahrzehnt (1951–1961) in Anspruch nahm und 6 Bände und Beihefte umfasste. Initiiert wurde sie vom Bundesministerium für Vertriebene, an dessen Spitze 1953 Theodor Oberländer, Naziaktivist, Ostberater Konrad Adenauers und Duzfreund Schieders stand. So wie Schieder nach 1918, nach der „stärksten Erschütterung des Ostens“, für eine Revision des „Versailler Diktats“ kämpfte, so plädierte er nun nach

der „Katastrophe von 1945“ für eine „Änderung der Potsdamer Beschlüsse“. Seine „Dokumentation der Vertreibung“ war konzipiert als Dokument der Unmenschlichkeit, die an Deutschen begangene Verbrechen zum Inhalt hatte, und entsprach den Intentionen Bonner Politik. Der geplante auswärtige Erlebnisband, der geschichtliche Ursachen offen legen sollte, wurde von Schieder verhindert. Ein Kausalverhältnis zwischen Hitlers Ostpolitik und Aussiedlung der Deutschen war nicht gefragt, ein Zusammenhang von Tätern und Opfern nicht erwünscht. Eine solche Betrachtungsweise der Aussiedlung und des Zusammenhangs mit der faschistischen Volkstums-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik wurde buchstäblich von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Jene, die heute ihre Vertriebenen euphorie betreiben, haben sich davon nicht distanziert, im Gegenteil, sie stützen sich darauf. Um solche „Kronzeugen“ sind sie wahrlich nicht zu beneiden.

PROF. DR. HELMUT ARNDT, LEIPZIG

Bei Vertreibung mit Potsdamer Abkommen nicht gut beraten

sachen. Daran sind die nationalistischen Hetzer und Geschichtsfälscher wie die Verschwäger und „Unter den Teppichkehrer“ gleichermaßen beteiligt – nicht nur auf einer Seite.

Bittner zeigt die negativen Auswirkungen des Nationalsozialismus auf polnischer Seite, für Kurt Schneider Veranlassung, ergänzend auf den BdV und die Gefährlichkeit des Nationalismus auf deutscher Seite zu verweisen. Soweit, so gut! (Ich hätte gern zur Rolle der katholischen Kirche mehr erfahren und vielleicht auch Bittners Meinung zum geplanten Berliner „Vertriebenenzentrum“.) Doch bei der Sicht auf die „Täter-Op-

fer“-Problematik – von Bittner in der Wiedergabe von Argumenten seiner polnischen Gesprächspartner ins Spiel gebracht – sowie beim Thema „Vertreibung“ scheiden sich offenbar die Geister, da Schneider, so scheint es, Polen nicht als Täter und deutsche Vertriebene nur als „nach Völkerrecht Umgesiedelte“ akzeptiert, was ich aus eigener Kenntnis und Erfahrung ganz anders sehe. Ich meine, dass er mit seinem Rückgriff auf das Völkerrecht und auf das „Potsdamer Abkommen“ in dieser Frage nicht sehr gut beraten war.

Doch ich räume ein, über 40 Jahre selbst diesem Argument wider besseres Wissen

gefolgt zu sein, das seinerzeit den Interessen der DDR-Politik entsprach: mit der schnellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als „Friedensgrenze“ und der Vermeidung bzw. Unterdrückung des Terminus „Vertreibung“ und „Vertriebene“ das Problem aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen und „unter dem Deckel“ zu halten. Damals gab es eine führende und immer Recht habende Partei, die für alle dachte, sich allein im Besitz der Wahrheit sah und davon nur das und soviel „nach unten“ weitergab, wie es nützlich erschien und mit dem vorgegebenen in sich geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild nicht kollidierte. ... Mit dem Klassenfeind, der prinzipiell log und im Unrecht war, durfte es auch in Fragen der Terminologie nichts Gemeinsames geben, und wer das

Fortsetzung auf Seite 9

In der einzigen regionalen Tageszeitung Leipzigs, der LVZ, wurde der Chefredakteur ausgetauscht. Hartwig Hochstein, Westimport, eingesetzt im November 1991 durch die neuen Eigentümer Madsack GmbH (50 Prozent der Anteile, publizistische Führung) Springer Verlag (50 Prozent) musste gehen; Bernd Hilder, bisher Chefredakteur des „Göttinger Tageblattes“ (Auflage 50000), löste ihn ab.

Oberbürgermeister Tiefensee lobte die LVZ bei der Abschiedsparty für Hochstein über den grünen Klee. Das verwundert nicht. Er hat von der Zeitung immer viel Aufmerksamkeit erfahren und ohne Ausnahme gute Presse bekommen. Es gab Zeiten, in denen über längere Zeiträume fast täglich und mehrfach Bilder von ihm veröffentlicht wurden, ähnlich wie in der DDR über Honecker. Auch andere Partyteilnehmer, ähnlich wie Tiefensee erlesene Nutznießer der LVZ, stimmten in die Lobhudelei ein. Doch all das konnte nicht darüber hinwegtäuschen: Auch auf dem regionalen Zeitungsmarkt weht seit geraumer Zeit ein rauer Wind. Anzeigenrückgang, Kostenexplosion, Aufwandschwund haben viele Printmedien in Deutschland in Bedrängnis gebracht. Die Erwirtschaftung von Gewinn für die Gesellschaft stößt an immer neue Grenzen. Die LVZ, eine der größten und gewiss auch vielseitigsten regionalen Tageszeitungen Deutschlands, ist davon nicht ausgenommen. Bernd Hilder, der wegen seines längeren Aufenthaltes als Hörfunkkorrespondent in Mexiko nicht als Wessi, sondern als Mexi gesehen werden will, übernimmt eine schwierige Aufgabe.

Dabei gehörte die Privatisierung der LVZ im Jahre 1991 durch die Treuhand und der Verkauf an Madsack und Springer zu den großen Coups im DDR-Abwicklungsgeschäft. Die verkaufte Auflage der LVZ betrug im Dezember 1991 immerhin noch 317000, die Reichweite 67 Prozent. Im gleichen Jahr „starben“ außerdem alle anderen Tageszeitungen in der Region – die Zeitungen der früheren LDPD, CDU und NDPD und die hoffnungsvollen Neugründungen „Die Andere Zeitung“ (DAZ) und „Wir in Leipzig“. Die LVZ erhielt dadurch eine Monopolstellung im Anzeigengeschäft und in der Meinungsbildung, denn auch die überregionalen Tageszeitungen konnten sich nie richtig im Osten etablieren. Nach der Wende wurde das Printmedium farbiger und attraktiver. Den an „ihre Zeitung“ als Kuschelecke gewöhnten DDR-Lesern wurden mehrheitliche Standpunkte bestätigt, der geistigen Elite der Stadt an-

Pferdewechsel

VON MANFRED BOLS

spruchsvolle Kulturseiten geboten und die Leipziger Lokalpatrioten mit einer allseitigen Berichterstattung über die Region bedient. So konnte die LVZ (in der DDR – 480000 Abonnenten) ihre traditionelle Beliebtheit erhalten und ausbauen. Das war übrigens auch das Einzige, was man Hochstein, der das Vertragsende mit Mühe und Not erreichte, ausdrücklich bestätigte.

Hochstein hat es allen Lesergruppen recht machen wollen. Auf Widerspruch stieß jedoch insbesondere bei der linken Leserschaft die politische Ausrichtung der Zeitung und die Art und Weise, wie versucht wurde, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss zu nehmen. Wertender Journalismus wurde gegenüber der Vermittlung von Informationen und

nur in Erwägung gezogen werden darf. Die nach der „Säuberung“ der Redaktion verbliebenen und die neu hinzugestoßenen Journalisten folgten ihm, denn auch das Salär eines Redakteurs ist nicht von Pappe und auf dem Arbeitsmarkt drängen sich joblose Autoren. Zensur war nicht mehr notwendig, die „Schere“ befand sich im Kopf. Manchem war dabei der Blick getrübt durch persönliche Enttäuschung und Schmerz über die erlebten Ungerechtigkeiten in der DDR, andere entwickelten eine mephistophelische Niedertracht und Skrupellosigkeit, die teilweise sprachlos machte. Manchmal entstand der Eindruck, als wenn man auf diese Weise der Bildzeitung Leser abjagen wollte.

Der Deutsche Presserat, ein ehrenamtli-

nicht immer gerecht wird.

Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss der neue Chefredakteur auf die politische Ausrichtung der Zeitung nehmen wird. Sicherlich wird auch das davon abhängen, ob er in inhaltlichen Veränderungen einen messbaren wirtschaftlichen Nutzen erkennen kann, denn seine vordringlichste Aufgabe bleibt, die Zeitung für ihre Eigentümer profitabler zu machen. Das interessiert die meisten Leser allerdings herzlich wenig. Sie wollen für ihr Geld ein ordentliches Produkt haben. Leider bleibt ihnen, wenn sie teilnehmen wollen am politischen Prozess in der Region, keine Alternative, denn die LVZ hat, wie bereits erwähnt, eine Monopolstellung inne. Konkurrenz würde auch dieses Geschäft beleben.

Heute, nach dreizehn Jahren real existierender Kapitalismus, stehen für die LVZ weitaus schwierigere Aufgaben auf der Tagesordnung als der Umgang mit der Vergangenheit. Die deutsche Gesellschaft ist in allen Bereichen von krisen-

53-jähriger Berliner soll für Regierung Verräter getötet haben

Auftragsmörder der DDR verhaftet

„Scharfschützen der Stasi“

Neuer Wirbel um mutmaßliche Killerkommandos des SED-Regimes / 1

Neue Hinweise zu DDR-Auftragsmord

Stasi-Mord in Leipzig?

Tötete der Auftragsmörder auch DDR-Minister Böhm?

Und das haben viele Leser wirklich geglaubt

Hintergründen bevorzugt, Sensationshascherei praktiziert und damit Vertrauensverlust provoziert.

Ein diffamierender Verurteilungsjournalismus dominierte insbesondere in der Beurteilung all dessen, was mit der DDR zusammenhing; beim Thema „Stasi“ wurde jede Sachlichkeit aufgegeben. Hartwig Hochstein erwies sich hier als Meinungsmacher und Vertreter eines kapitalistischen Zeitungskonzerns, der wohl verstanden hatte, dass ein Gesellschaftsmodell, welches als ökonomische Grundlage das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln favorisierte, nie wieder als Alternative auch

chies, aufgrund fehlender Befugnisse bedauerlicherweise zahnloses Organ der freiwilligen Selbstkontrolle gedruckter Medien, hat für alle Mitglieder der schreibenden Zunft ethische Grundsätze (Pressekodex) aufgestellt, die der Berichterstattung zugrunde liegen sollen. Es sind: Achtung von Wahrheit, Wahrung der Menschenwürde, gründliche und faire Recherche, Achtung von Persönlichkeitsrechten, Privatleben und Intimsphäre, Vermeidung unangemessen sensationeller Darstellung von Gewalt und Brutalität. Viele Leser meinen, dass die LVZ bei bestimmten Berichten und Kommentaren diesen Anforderungen

haften Entwicklungsprozessen erfasst. Der Konzentrationsprozess im Presse- und Verlagswesen wird weiter zunehmen. Die bereits über 100 Jahre alte Leipziger Volkszeitung wird wahrscheinlich auch diesen Prozess als eigenständige Zeitung überleben. Herr Hilder ist bisher aufgefallen durch schneidige und selbstgewisse Kommentare. Trotz kündigte er an, den Leitartikel zur Eröffnung der Olympischen Spiele in Leipzig schreiben zu wollen. Ist es Pfeifen im Walde oder will er nur positives Denken vorleben?

Man darf gespannt sein.

Fortsetzung von Seite 8

anders sah, stand schon mit einem Fuß im feindlichen Lager ...

Der Terminus „Umsiedlungsaktion“ war eine Verharmlosung, bei der das schlechte Gewissen durch alte Knopflöcher schaute. Denn der Krieg war ja mit dem 8. Mai 1945, mit dem militärischen Sieg über den Hitlerfaschismus, zu Ende. Mit der Befreiung Deutschlands und Europas von dieser Geißel der Menschheit sollte ein neues Zeitalter seinen Anfang nehmen. Doch das war, wie sich zeigte, nur ein kurzer Wunschtraum, von dem schon von vornherein diejenigen ausgeschlossen waren, deren ganzes Unglück darin bestand, jenseits, das heißt östlich von einer neu gezoge-

nen Grenze zu wohnen und obendrein Deutsche zu sein.

Von den Siegermächten war diese neue Grenzziehung im Osten als notwendig angesehen worden (deren völkerrechtliche Anerkennung absurderweise einem späteren, nie abgeschlossenen Friedensvertrag vorbehalten blieb). Die Aussiedlung von 12 Millionen Deutschen, die auf diese Weise ihrer Heimat beraubt und „heim ins Reich“ geschickt wurden, war eine im Nachhinein vollzogene Vergeltungsmaßnahme, an im wesentlichen Unschuldigen verübt, und hatte trotz Verankerung im „Potsdamer Abkommen“ weder etwas mit dem Völkerrecht noch mit Humanität zu tun, am wenigsten hinsichtlich ihrer Durchführung. DR. HEINZ SÄNGER, LEIPZIG

Ekliges Offenhalten von Wunden

Ich möchte Herrn Schneider für seine aus dem Herzen kommenden Worte danken. ... Die geschehenen Untaten und die daraus resultierenden Überzeugungen mahnen in der heutigen Zeit. So ist es moralisch begründbar, das Leiden von zu Unrecht Entwurzelt zu würdigen – dieses darf und muss im Kontext des Gesamtgeschehens erfolgen. Dass unschuldige Menschen Opfer von Gewalttaten werden, ist mit Trauer hinzunehmen. Dies darf aber nicht in einer isolierten Akzentuierung funktionalisiert werden. Genau mit diesem Verdacht wäre ein solches Denkmal in Berlin behaftet. ... Haben wir schon ver-

gessen, wie in Westdeutschland Hupka, Czaja und andere in unsäglicher Weise die Gefühle von Millionen Menschen demagogisch missbraucht haben ... Eklig insbesondere auch in Bayern auf den Treffen der Sudetendeutschen das Offenhalten von Wunden als willkommene Manipulation in Wahlkämpfen, um den „rechten Rand“ ruhig zu stellen. ... Verständigung und Versöhnung, die Bewältigung der historischen Last, muss weitergehen. Die Gefühle betroffener Menschen und ihrer Nachkommen müssen in angemessener Weise respektiert und gewürdigt werden.

DR. LOTHAR NETTELMANN, GEHRDEN



Am 9. Januar wäre der Dramatiker Heiner Müller 75 Jahre alt geworden.

Uni-Bibliothek zeigt kostbare Originale

Die 2000-jährige Geschichte biblischer Bücher und Schriften ist unter anderem eine Geschichte der Übersetzung alt- und neutestamentlicher Texte in immer neue Sprachen. So widmet sich die Ausstellung *Sprachen der Bibel* – zu betrachten in der Leipziger Universitätsbibliothek – kuriosen und zentralen Stationen der Historie verschiedener Übersetzungen. Anhand kostbarer Originale aus den Beständen der messestädtischen Universitätsbibliothek schlägt die Exposition den Bogen von der frühesten Übersetzung des *Alten Testaments* ins Griechische über die lateinische *Vulgata* und die deutschen Übersetzungen aus der Zeit des 14. bis 16. Jahrhunderts bis hin zu Missionarsübersetzungen in exotische Sprachen. Zu betrachten sind u. a. auch Teile des umfangreichen Papyrus der *Septuaginta* (die – angeblich – von sieben Gelehrten angefertigte Übersetzung des *Alten Testaments* ins Griechische) aus dem 4. Jahrhundert, eine Perlbibel des 14. Jahrhunderts aus dem Besitz Martin Luthers, zahlreiche mittelalterliche Handschriften aus sächsischen Klöstern, die Erstausgabe der Luther-Bibel, weitere frühe deutsche Drucke sowie Übersetzungen bzw. Übertragungen in asiatische, indianische und arabische Sprachen, darunter ein Fragment des 11. Jahrhunderts. Unter den zahlreichen Exponaten befinden sich auch konkrete Hinweise auf die Leipziger Bibeltextforschung, die eine hundertjährige Tradition aufweist. Die Ausstellung im Hauptgebäude der Leipziger Universitätsbibliothek in der Beethovenstraße ist noch bis zum 24. Januar montags bis freitags von 10 bis 20 Uhr zu sehen.

• HERMANN GERATHEWOHL

Reinhard Bernhof

REISE NACH DÜSSELDORF

Heine, ja

*Der Himmel klarer als sonst, ganz blau
Inline-Skater auf der Kö, Gelenkschoner
einsam hinterm Walkmanstöpsel, Radschläger*
unweit vom Neandertal, halten vor mir Hände auf
Hände wie graue Lappen*

*„Laß dein Blut nicht auf der Straße, opfert es
dem Roten Kreuz“, sagt das Flugblatt (aufgemalte Havarie
mehrerer Auto), das mir jemand in die Hand drückt*

*Der Stahlhof, Marmorhäuser, darin die warme, reine Substanz:
Pe-Ce-Spiele, Pläne, Programme
FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT
für Dax & Nasdaq-Kurse, wissend
wo es zuzuschlagen gilt (Lumumba einst ermordet
im Namen eines flotten Handels)*

Akkumulation, Mehrung

*Dollarfelder beackert. Jeder Punkt der Erde
Verbrannter Kaffee. Weizen ins Meer ...
Aktien angezogen, der Börsenbericht als Bibel
Wertpapiere die Werte, „Wirtschaft, Horatio ...“ (Hamlet)
Deutsche Bank. „Innerhalb von drei Jahren
versechsfachten sie ihre Bezüge auf heute, sage und schreibe,
15, 5 Millionen Mark pro Vorstandsmitglied.“ (Monitor, 08.11.2001)
Das kann man gar nicht verdienen, nur raube
sagt Oskar Lafontaine*

*Blattgoldpferde, Fußgängertunnel (Edelstahl)
Wozu noch einen Sockel für den Ketzler
von Montmartre*

* Radschläger: Kinder auf der Kö (Königsstraße) schlagen vor den Passanten Rad, um nach Geld zu verlangen

In über 20 Konzerten:

Bachs Weihnachtsoratorium

Sein Weihnachtsoratorium hat eine Beliebtheit erreicht, von der Bach nicht geträumt haben dürfte. In den 1930er Jahren war es schon ein Ereignis, als außer den Thomanern unter Karl Straube die ersten drei Kantaten Hans-Jürgen Thomm mit seiner Kantorei in der Taborkirche Kleinzschocher aufführte. Diesmal erklang es wiederum in über 20 Konzerten in fast allen Stadtteilen. Nicht wenige Besucher sehen in der Weihnachtsgeschichte einfach das vielleicht schönste Märchen von der Geburt eines Messias, der die Welt von allen Übeln befreien und ewigen Frieden bringen möchte. Und die Musik, die Bach zum großen Teil aus vorhandenen Kantaten auswählte und einrichtete, zum anderen speziell dazu komponierte, gehört zum Großartigsten und Bewegendsten der Weltkultur.

Nach Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte um die werkgerechte Bach-Interpretation haben selbst kleinere Kantoreien einen aus Kennntnis der historischen Aufführungspraxis geformten Aufführungsstil gefunden. Und Thomaskantor Georg Christoph Biller tat gut daran, die Erkenntnisse der Eigenart seines Knabenchores entsprechend zu nutzen, den ganz eigenen Klang dieses Chores zu wahren. Welch verschiedene Möglichkeiten die historische Aufführungspraxis offen lässt, demonstrierten (nicht nur) die Aufführungen der Thomaner, des Leipziger Oratorienchores unter Martin Krumbiegel und des von Gotthold Schwarz geleiteten Ensembles. Krumbiegel nutzt die Stimmkraft seines großen Chores für das „Jauchzet, frohlocket“ und andere jubelnde Chorstücke (dies-

mal fast zu lautstark), versteht aber auch ganz zarte und innige Choralgesänge zu gestalten. Schwarz setzte für die Aufführung der Kantaten vier bis sechs mit dem Bach Consort Leipzig in der Thomaskirche einen Kammerchor von – einschließlich der Solisten – nur vierzehn Mitgliedern ein und erreichte durch die innere Spannkraft des Gesanges eine ebenfalls beeindruckende Wirkung. Der in Leipzig in letzter Zeit allzu sehr hintan stehende Hallenser „Nachbar“ Georg Friedrich Händel kommt dank Herbert Blomstedt seit vier Jahren in der Vorweihnachtszeit mit seinem „Messias“ zur Geltung, diesmal unter Leitung des Chordirektors Morten Schuldt-Jensen. Der führte den virtuos singenden Gewandhaus-Kammerchor mit einer kleinen Orchesterbesetzung zu einer gera-

dewege beschwingten Interpretation. Für die drei Aufführungen von Beethovens „Neunter“ zum Jahreswechsel wurde in Gemeinschaft mit dem Gewandhauschor und dem Kinderchor wie einst der Opernchor eingesetzt. Insgesamt beeindruckte die konzentrierte Aufführung des Werkes unter Herbert Blomstedt, auch wenn die Bläser in etlichen Abschnitten, zumal im Hauptteil des zweiten Satzes die Streicher übertönten. In der Hochschule für Musik und Theater tanzten Leipziger Palucca-Schüler nach Cleide Makena Miladis launiger Choreografie beherzt zu Igor Strawinskys Scherzo á la russe und Sergej Prokofjews Klassischer Sinfonie. Im zweiten Programmteil spielte die „Kammerphilharmonie Felix M.“ unter Leitung Michael Köhlers ebenso überzeugend das gedankentiefe erste Violinkonzert von Dimitri Schostakowitsch mit Lothar Strauss als überzeugendem Solisten.

• WERNER WOLF

UNTERM STRICH

Schwer verdaulicher Brocken



Thomas Dehler, Carolin Conrad und Jana Bauke in Gier
Foto: Schauspiel Leipzig,
Rolf Arnold

Stattdessen wirft er ihm den fast nicht zu verdauenden Brocken von Sarah Kane vor die Füße, nach dem Motto: Friss oder stirb. Carolin Conrad, Jana Bauke, Thomas Dehler und Torben Kessler spielen emotional, geben sich Mühe, den hölzernen Text über die Rampe zu bringen. Dennoch zieht sich der Abend quälend langweilig dahin. Nach sieben Minuten spendet das sichtlich strapazierte Publikum erlöst höflichen Applaus. Eine Frage bleibt stumm im Raume stehen: Muss wirklich jede Modewelle mitgemacht werden? • D. M.

sehr esoterisch und nekromantisch daher. Regisseur Boris von Poser hat die undankbare Aufgabe übernommen, ein sinnentleertes

Stück auf die Bühne zu heiven. Vielleicht hätte er zugleich zumindest versuchen sollen, das sichtlich verstörte Publikum ein wenig an die Hand zu nehmen.

Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953. Hrsg. Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2003. 333 S., 14,60 Euro

Während der gleichnamige Reader vom Frühjahr dieses Jahres nur Materialien der in Leipzig veranstalteten Konferenz umfasste, sind nunmehr auch Veranstaltungen der Stiftung in Dresden und Chemnitz einbezogen. Sie wurden ergänzt durch den Abdruck der Erklärungen des PDS-Parteivorstandes sowie seiner Historischen Kommission zu diesem Ereignis und durch Nachdrucke der „Thesen“ Jörn Schütrumpfs „Schwierigkeiten mit der Klasse“ und des Aufsatzes Elke Scherstjanoi „Über die Rolle des sowjetischen Hohen Kommissars W. S. Semjonow bei den Juni-Ereignissen“. So erschließt diese Publikation jetzt

Günter Naumann: Sächsische Geschichte in Daten. Sonderausgabe. Fourier Verlag, Wiesbaden 2003. 320 Seiten, 7,95 Euro

Was soll man von einer Chronik halten, die ganze geschichtliche Perioden wie Luft behandelt? Der Abschnitt 1933–1945 hört 1939 auf. Die sächsische Geschichte nach 1945 endet zunächst 1952, bevor sie 1990 wieder einsetzt. Ein merkwürdiges Verfahren, die Geschichte eines deutschen Landesteiles an bestimmten staatlichen Strukturen festzumachen. So erfährt man nichts über die Ereignisse des faschistischen Terrors und die Höhepunkte des antifaschistischen Widerstandes, nichts über die Zerstörung Dresdens und anderer sächsischer Städte. Und es bleibt ausgespart, was sich in den sächsischen Bezirken und Städten zwischen 1952 und 1989 tat. Der Beginn des Wie-

Hans Ehlert/Armin Wagner (Hrsg.): Genosse General! Die Militärelite der DDR in historischen Skizzen. Ch. Links Verlag, Berlin 2003. 632 Seiten, 29,90 Euro

In der Reihe „Militärgeschichte der DDR“ haben jetzt Oberst Dr. Hans Ehlert und Major Armin Wagner im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam, den Band 7 herausgegeben. Die Herausgeber und weitere 16 Autoren stellen 19 Ex-Generale der früheren Kasernierten Volkspolizei (KVP) und der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR in ausführlichen Porträts vor. Seit der Gründung der KVP bis zum Ende der NVA haben 377 Generale und Admirale in den

Sichten auf den 17. Juni 1953

breiter als zuvor wesentliche Aspekte der Diskussion über den 17. Juni 1953 unter den deutschen Linken. Dies in einer Übereinstimmung, die aus eigenen Forschungsergebnissen wie aus der Überzeugung gespeist wird, dass die Überwindung der von der SED-Führung sofort in die Welt gesetzten Legenden unumgänglich ist, will man sich politischer Autorität und Handlungsfähigkeit vergewissern. Das bedeutet verkürzt formuliert: Der 17. Juni 1953 war eine spontane Arbeitererhebung, die auf die verfehlte Politik der SED reagierte, und weder ein faschistischer bzw. konterrevolutionärer Putsch noch das Werk westlicher Provokateure. Im Grunde schloss die Niederwerfung auf die Dauer gesehen die endgültige Verfestigung stalinistischer Politikstrukturen ein. Wie sich die Wertung des 17. Juni im Laufe der Zeit wandel-

te, legt Jochen Cerny sachkundig bis in unsere Tage dar; das galt freilich vor allem den Urteilen aus der BRD, nicht den in der DDR, da sich hier weder die Einschätzung „faschistischer“ bzw. „konterrevolutionärer Putsch“ im Kern wandelte. Dieser Beitrag findet sich im ersten der vier Abschnitte des Buches: Geschichte (S. 11–221), ihm folgen PDS und 17. Juni (S. 235–247), literarische Reflexion (S. 249–287) und zeitgenössische literarische Dokumente (S. 208–320); ein Personenregister und das Verzeichnis der Autoren runden den Band ab. Um die Thematik der Beiträge knapp anzudeuten: Angelika Klein stellt auf breiter archivalischer Basis die hartnäckige Arbeiterrevolte im Bezirk Halle dar. Siegfried Prokop und Erhart Schulz weisen nach, dass nicht nur politisch konzeptionell, sondern auch praktisch-aktiv die Rolle der Intelligenz

größer als bisher angenommen war. Wilfriede Otto behandelt insbesondere die bis dahin schärfsten inneren Auseinandersetzungen in der SED 1953 und den Druck der KPdSU auf sie, den übereilten Sozialismuskurs zu ändern. Neben der genannten Studie Elke Scherstjanoi behandelt Karl-Heinz Gräfe mit Ausführungen über die umfassende Krise des Staatssozialismus in Europa 1953 äußere Faktoren. Werner Abel verfolgt im Kontext der 2. Parteikonferenz der SED die „Ausbreitung des Luxemburgismus“ seit den 20er Jahre, von der KPD bis zur SED. Der literarischen Widerspiegelung des 17. Juni 1953 und dem Denken und Verhalten wichtiger Schriftsteller gehen sorgsam und eindringlich Klaus Schuhmann, Klaus Pezold und Jens-Fietje Dwars nach. Wie Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Anna Seghers, Stefan Heym und Erich

Loest in jenen Tagen wirkten, belegt eindrucksvoll die beige-fügte Auswahl an Texten. Schuhmann kennzeichnet das durchgängige Dilemma, das über die damalige Situation hinaus andauern sollte: Offenkundig waren Schriftsteller, „die ihren Realismus wie Brecht kritisch grundierten ... bei der Krisenbewältigung unerwünscht und blieben es bis 1989“. Die „Chance des Fiaskos“ 1953 (Dwars) endete, weil politisch ungenutzt, glanzlos mit dem Fiasko der DDR.

Die in dem Buch vertretenen Ansichten werden nicht überall Zustimmung finden. Es bleibt zu hoffen, dass die ausgebreiteten Forschungsergebnisse zur Kenntnis genommen werden. Vielleicht stoßen sie erneut an Legenden und Augenscheinurteilen zu wägen oder gar zu revidieren.

• ERNST WURL

Das Buch ist zu beziehen über die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig. Tel. 0341-9608531. E-Mail: Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Chronik mit Gedächtnislücken

deraufbaus der Dresdner Frauenkirche im Jahre 1994 wird registriert, nicht aber der 1985 abgeschlossene Wiederaufbau der Semperoper. Im übrigen lässt der Autor dieses Prinzip – nur jene Ereignisse für buchenswert zu halten, die in einem einheitlichen Staatsgefüge geschahen – durchaus nicht für die Jahrhunderte gelten, in denen das heutige Sachsen sich erst formierte und in seinem Territorium wie in seiner Staatlichkeit großen Umbrüchen und Wandlungen unterlag. Aber auch ansonsten ist die Chronik – vorsichtig ausgedrückt – lückenhaft und unausgewogen. Die Gräfinnen Anna von Cosel und Aurora von Königsmark sind offenbar keine erwähnenswerten Personen der sächsischen Geschichte. Über die sächsische Herkunft von Heinrich Zille oder Clara Zet-

kin schweigt sich der Autor aus. Und während der Verwaltungsreform mit der Kanzleiordnung von 1547 mehr als eine Seite gewidmet ist oder dem Prinzenraub zu Altenburg 1455 eine halbe, wird ein monatelang ganz Deutschland bewegendes Ereignis im Jahre 1903 nur mit zwei Worten erwähnt: „Crimitschauer Textilarbeiterstreik“ – Punktum! Solche Diskrepanzen ließen sich aufreihen. Mangelnde Objektivität zeigt sich auch in abschätzigen und verwaschenen Formulierungen zu den Kämpfen der Arbeiterbewegung. Wendungen wie „kommt es bei kommunistischen Demonstrationen zu Unruhen, die 12 Todesopfer fordern“ finden sich mehrfach. Die Arbeiterregierung unter



Erich Zeigner 1923 wird als gefährliche Bedrohung des Reiches, die Justizfarce um Zeigner als Prozess gegen einen

Kriminellen dargestellt. Die Zeit nach 1990 erscheint in einem rosigen Licht des Aufstiegs. Deindustrialisierung, Bevölkerungsrückgang und massenhafter Wohnungsabriss werden konsequent ausgeblendet und von einer Reihe Meldungen zu Firmengründungen, Grundsteinlegungen und anderen Innovationen überdeckt. Massenarbeitslosigkeit gibt es laut der Chronik ebensowenig wie Regierungs- und CDU-skandale.

Dem mangelhaften inhaltlichen Niveau entspricht das editorische, obwohl dieser Sonderausgabe bereits drei Ausgaben vorgegangen sind. Vermisst wird ein Inhaltsverzeichnis. Manche Seitenangaben in den Registern laufen ins Leere. Nachdem man dem Umschlag, der Titelseite und den beiden Vorworten den Autorennamen Günter Naumann entnommen hat, liest man auf Seite 4 „Autor: Dr. Jürgen Naumann“. • GÜNTER LIPPOLD

Generale im Ruhestand

Streitkräften der DDR gedient. Waren es Anfang 1957 nur 28 Generale, so konnten am 1. März 1975 schon 107 Generale und Admirale gezählt werden. Im Oktober 1986 erhöhte sich ihre Zahl auf 218. Allein von 1948 bis 1958 trugen neun ehemalige Wehrmachts-Generale die Uniform der KVP/NVA. Außerdem weitere 500 Offiziere und 1600 Unteroffiziere, die in der Regel in sowjetischer Gefangenschaft von deutschen Emigranten im Bund Deutscher Offiziers bzw. in Lehrgängen des Nationalkomitees Freies Deutschland im antifaschistischen Sinne geschult und umerzogen wurden. Sie wurden beim Aufbau einer

neuen Armee dringend gebraucht. Ehler/Magner teilen die Generale und Admirale der KVP/NVA in drei Generationen ein. Die erste wird als *Gründergeneration*, zugleich die inhomogenste, bezeichnet. In ihr sind antifaschistische Widerstandskämpfer, vor allem Kommunisten, unter ihnen die späteren Verteidigungsminister Armeegeneral Heinz Hoffmann und Armeegeneral Heinz Keßler, aber auch die neun ehemaligen Wehrmachtsgenerale vertreten. Die zweite Generalsgruppe wird als *mittlere Generalsgeneration* oder allgemein als *Aufbaugeneration* charakterisiert.

Zu ihr gehörten auch jene 50 Unteroffiziere der Wehrmacht, die, meist aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft kommend, in der NVA Generalsdienstgrade erreicht haben. Namen wie Horst Stechbarth, Fritz Streletz, Wolfgang Reinhold, Erich Peter, Wilhelm Ehm und andere stehen dafür. Die dritte Gruppe der NVA-Generale setzt sich aus professionalisierten Militärkadern zusammen. Das waren jene Generale, die, wie manche vor ihnen, Absolventen der sowjetischen Generalstabsakademie waren. Dort studierten etwa 150 höhere Offiziere der NVA. Von den etwa 200 Generalen und Admiralen im aktiven Dienst der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung

verließen schon vor der Vereinigung die meisten aufgrund „äußeren Druckes, aus Einsicht in die geänderte politische Lage, wegen Wegfalls ihres Tätigkeitsbereiches oder wegen der absehbaren Reduzierung des Offizierskorps“ vorzeitig die Armee. Schließlich musste Staatssekretär Ablaß am 28. September 1990 nur noch 24 Generalen und Admiralen im Strausberger Ministerium für Abrüstung und Verteidigung die Entlassungsurkunden übergeben. Umgangen wird die Tatsache, dass Keßler, Streletz und andere vor bundesdeutsche Gerichte gestellt und trotz des international gültigen und völkerrechtsverbindlichen Rückwirkungsverbots verurteilt wurden.

• FRANZ-KARL HITZE

KALENDERBLATT

Vor 140 Jahren geboren

Hans Francke

„Der jüngst verstorbene Pfarrer Hans Francke in Berlin war ein charaktervoller, tapferer und volkstümlicher Vertreter des religiösen Sozialismus und der Friedensbewegung, die er beide auf seine besondere Art verstand. Das Hitlertum hat ihn in einer seiner Kasernen ein Martyrium bereitet, dessen Darstellung durch ihn selbst zu den klassischen Dokumenten dieser Art gehört.“ Mit diesen Worten, entnommen dem von Leonhard Ragaz 1938 im Schweizer Exil verfassten Nachruf, wurde das weltliche Wirken Hans Franckes treffend gewürdigt.

Religiöse Sozialismusauffassungen fanden sich bereits in seiner Debattenrede während des Berliner Religionsgesprächs 1910, in der er vermerkte, dass im Gewerkschaftshaus zu Amsterdam zwischen den Bildern von Marx und Engels ein Christusbild hängt, „weil man sich dort bewusst ist, an ihm einen idealen Vorbildeten zu haben im Kampf gegen seelenverderbende, geisterknechtende Not“.

Hans Francke, am 18. Januar 1864 in Breslau geboren, war nach dem Studium der evangelischen Theologie als Pfarrer in Berlin tätig. Hier schloss er sich der Friedensbewegung an und übernahm bereits vor dem 1. Weltkrieg den Vorsitz der dortigen Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft. 1914 war er zusammen mit Rudolf Breitscheid, Kurt Eisner und Gustav Landauer an der Gründung des pazifistischen Bundes „Neues Vaterland“ beteiligt. Als Ostern 1917 die USPD gegründet wurde, trat er von der SPD zu dieser über, weil sie sich gegen den Krieg artikuliert. Nach der Novemberrevolution kehrte er zur SPD zurück und war einer der Mitbegründer des „Bundes religiöser Sozialisten“ (BRS), der sich dazu bekannte, „in bewusster Verantwortung vor Gott und den Menschen in und mit dem revolutionären Proletariat um die sozialistische Neuordnung“ zu kämpfen.

Als der Pfarrer Erwin Eckert, Vorsitzender des BRS, wegen seines energischen Widerstandes gegen die Parteinahme der Kirchenhierarchie für den Nationalsozialismus von der badischen Kirchenleitung seines Amtes als Pfarrer enthoben wurde, ergriff Hans Francke am 1. April 1931 im „Vorwärts“ unter der Überschrift „Gegen das Hakenkreuz Christentum“ für Eckert Partei und erklärte: „Jetzt ist in das Zentrum der religiös-sozialistischen Bewegung der Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus gerückt...“ Bereits am 6. März 1933 wurde Hans Francke, genannt der „rote Francke“, verhaftet und in einer SA-Kaserne misshandelt. Nach der Entlassung verfasste er darüber einen Bericht, damit die Kirche erführe, was die Nazis mit politischen Gefangenen anstellen. Am 31. August 1938 verstarb Hans Francke in Berlin.

• KURT SCHNEIDER

Bitterer Kälte trotzend, kamen an vier Tagen etwa eine Million Menschen zum Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses, um dem nach schwerer Krankheit am 21. Januar 1924 verstorbenen und nun hier aufgebahrten W. I. Lenin ihren letzten Gruß zu entbieten. Kaum jemand unter ihnen mag seinerzeit erahnt haben, dass das geistige Erbe dieses Mannes Jahrzehnte später selbst unter Linken umstritten und sein Werk – die UdSSR – von der historischen Bühne verschwunden sein würde.

Lenin hatte mit scheinbar unerschöpflicher Geisteskraft und Energie Erfahrungswerte des europäischen Denkens und ihrer Umsetzung in der sozialistischen Bewegung auf ihre Anwendbarkeit auf russischem Boden geprüft. Frühzeitig schienen ihm die von Marx in wissenschaftlicher Analyse gefundenen kritischen Sichten auf die damalige kapitalistische Welt und die daraus hergeleiteten Schlussfolgerungen für das aufstrebende Proletariat auch für Russland zutreffend. War Lenin einerseits in seinem Denken und Handeln nicht frei von den vorgefundenen russischen Rahmenbedingungen, so vermochte er sich andererseits doch ihrem „Diktat“ zu entziehen, wagte er es, sich über sie zu erheben, ja zuweilen auch von ihnen abzuheben. Die russische Sozialdemokratie verdankte Programm, Strategie und Taktik und ihre innerparteilichen Normen (die entschieden vom Bedingungsgefüge politischer Unfreiheit in Russland geprägt waren) zuvörderst den Überlegungen und Auffassungen Lenins, seinem beharrlichen Drängen auf deren Akzeptanz, seinem Ringen darum, reanimierten utopischen „bauernsozialistischen“ Ideen den Zugang zum Proletariat

Nachdenken über Lenin

Zu seinem 80. Todestag

Russlands den Weg zu verlegen. Im stürmischen Revolutionsgeschehen 1917, da sich alle anderen politischen Parteien und deren Exponenten unfähig zeigten, den dringenden Forderungen der Massen – Frieden, Land, Brot! – zu entsprechen, wagten es die Bolschewiki, weiterzuschreiten. Lenin ermutigte dazu nicht nur, sondern drängte darauf, forderte, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, die Situation zu nutzen, nicht die Last der politischen Verantwortung zu scheuen. Begründete Zweifel Andersdenkender in der Parteilührung schienen nach dem erfolgreichen Oktoberaufstand eine Episode auf dem schwierigen Weg zur Übernahme der Macht, die – so schien es damals manchem Zeitgenossen – einfach „auf der Straße lag“... Heutige Überlegungen über Platz und Bedeutung Lenins im Kontext der Russischen Revo-

lution und der nachfolgenden (auch Welt-) Entwicklung im „kurzen 20. Jahrhundert“ können auf umfangreiche Forschungen und neue Erkenntnisse zurückgreifen, die sich auf Quellen stützen, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR zugänglich wurden. Widersprüche, Verästelungen, Verflechtungen im geschichtlichen Geschehen werden stärker als bislang erwogen, die Sicht darauf differenzierter, die Handlungsspielräume, unterschiedlichen Orientierungen und Motive seiner Akteure schärfer ausgeleuchtet. Lenin als Figur von Epocheformat, der in einer sich „irrwitzig“ gebärdenden Welt den analytischen Überblick behielt, dem unbedingten Streben nach Macht und ihrer Absicherung alles unterordnete (auch unter Verzicht auf demokratische Institutionen), ist unbestritten. In der Geschichtsdebatte der



PDS sollte der aktuelle Stand historischen Wissens einen festen Platz haben. Die Befragung der Geschichte der eigenen Bewegung fundiert linke Selbstvergewisserung und dürfte zukunftsfruchtige Schlussfolgerungen erleichtern.

Heute kann man nicht an Lenin erinnern, ohne nach den Ursachen für den historischen Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischen Typus zu fragen. Aber gleichzeitig ist damit auch das Nachdenken darüber gefordert, was von seinem geschichtlichen „Wagnis“ für Linke unverzichtbar bleibt:

Unternommen unter dem Zwang von bis dahin niemals erlebten Verheerungen eines Weltkrieges, ist es das „Wagnis“ Oktober 1917 selbst. Sowjetrusslands Entwicklung im Gefolge dieses „Wagnisses“ eröffnete für die Werktätigen Chancen für Partizipation (vorübergehend), für Bildung und Kultur. Der Sowjetstaat hatte trotz Deformierung durch stalinistische Herrschaft eine beachtliche Ausstrahlung. Seine Existenz zwang den real existierenden Kapitalismus zu sozialstaatlichen Zugeständnissen. Die UdSSR hielt Millionen Menschen opfernd, im Ringen gegen den deutschen Faschismus stand und führte wesentlich dessen endgültige Niederlage herbei.

Der Zusammenbruch des stalinistischen Gesellschaftskonstrukts sollte auch weiterhin im Hinblick auf die Ursachenanalyse seines Zustandekommens linkes Anliegen sein. Gleichmaßen sollten wir die Neusicht des immensen literarischen Nachlasses von W. I. Lenin wagen, die Überprüfung seines ideellen Wertes und Gedankenreichtums, seiner positiven wie negativen Ansätze und Wirkungen.

• SONJA STRIEGNITZ

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (24)

Die Leipziger Straße mit den interessantesten und wohl auch meisten Namenswandlungen ist die Waldemar-Götze-Straße in Thekla. Entsprechend ihrem Charakter hieß sie bis etwa 1928 schlicht und einfach Wiesenweg. Dann wurde sie dem großen Leipziger Karl Liebknecht gewidmet und hieß bis 1933 Karl-Liebknecht-Straße. Nach der Machtübernahme durch die Nazis gehörte sie zu den ersten umbenannten Straßen. Am 30. April 1933, an dem Tag, als Hitler und Hindenburg zu Ehrenbürgern der Stadt Leipzig ernannt wurden, beschloss die Stadtverordneten die Umbenennung in Dietrich-Eckardt-Straße. Folgerichtig erhielt sie nach der Zerschlagung des NS-Regimes wiederum als einer der ersten einen neuen Namen. Noch unter der amerikanischen Besatzung bekam sie ihren alten Namen Karl-Liebknecht-Straße zurück, der aber bereits am 1.

August 1945 (nach der Vergabe an die wesentlich größere Südstraße, vorher Adolf-Hitler-Straße) wieder gestrichen wurde. Nunmehr wurde sie Wolde- mar Götze gewidmet. Als unmittelbar nach der Wende

sein sollte. Als dann Ende der 90er Jahre die zweite Kommission tagte, stieß man erneut auf Waldemar Götze. Die Recherchen ergaben, dass er (geboren 1915) bis 1934 in Reudnitz, Sigismundstraße 6, gelebt hatte

danach bis zu ihrem Tode 1980 in der Leipziger Zweinaundorfer Straße 22 gelebt hat. Interessante Details zu Waldemar G. erfuhren wir von Frau Fränzi Schulz aus Schkeuditz, die in seiner Jugend-Widerstandsgruppe gegen die Nazis gearbeitet hatte.

Und dann kam der Hammer! Die Straße wurde 1945 tatsächlich nach Woldemar G. benannt. Dieser Pädagoge (1843–1898) war einer der führenden Köpfe der „Handfertigkeitbewegung“. Er leitete auch die „Leipziger Schülerwerkstatt“ in der alten Thomasschule, in der zu Beginn der 1880er Jahre Schüler freiwillig in zwei bis vier Wochenstunden Geräte für den Rechen- und Realschulunterricht bastelten. 1887 bis 1898 war er Direktor der „Lehrerbildungsanstalt für Knaben-Handarbeit“. Eine nochmalige Rückbenennung dürfte sich jedoch verbieten. • DIETER KÜRSCHNER

Waldemar-Götze-Straße

der große Sturm auf in der SBZ und der DDR vergebenen Straßennamen einen ersten Höhepunkt hatte, stellten die Mitglieder der ersten Nachwendestraßennamenkommission fest, dass man diesen Woldemar G. nicht einordnen konnte. Aber man fand einen Waldemar G., der Antifaschist und Naziopfer gewesen war. Also änderte man den Namen in Waldemar-Götze-Straße. Aber auch mit dem wusste man nicht viel anzufangen. Man kannte seinen Beruf: Steinsetzer, und „wußte“, dass er 1945 hingerichtet worden

und ein aktiver Nazigegner gewesen war. 1934 floh er über die Ostsee und wollte von dort über Finnland in die Sowjetunion. Auf diesem Weg ist er verschollen. Seine Mutter, Anna G., war in Waldheim und zuletzt in Sachsenhausen inhaftiert. 1945 kehrte sie nach Leipzig zurück, hier verstarb sie. Das Datum ist nicht bekannt. Sein Bruder Ferdinand und die Schwester Irma gingen 1935 nach Spanien. Von Ferdinand ist, so wie von Woldemar, nichts bekannt, von Irma wissen wir, dass sie das KZ Sachsenhausen überlebte und



Von
KLAUS HUHN

Neues Jahr, neue Sieger – und demzufolge neue Verlierer, denn auch im Sport kann nicht jeder Sieger sein. Ich zum Beispiel bin dauernd Verlierer, weil ich die Sport-Themen zweier Wochen nachträglich in ein paar Zeilen unterbringen muss. Deshalb: Neues Jahr – neues System! Der Sportteil wird künftig zum coolen „Nummernprogramm“.

TRAINERWECHSEL sind zur Gewohnheit geworden. Auch der Skiverband spielte da mit und wechselte die „DDR-Altlast“ Reinhold Heß gegen den großmäuligen Wolfgang Steiert aus. Der hatte intensiv gegen den Thüringer intrigiert, stand aber dann selbst plötzlich ohne Erfolge da und versuchte sich vergeblich mit lockeren Sprüchen herauszureden. Zwischendurch fand die Vierschanzentournee statt, die für RTL und den – im Skisport – unbedarften Günter Jauch ohne deutschen Gesamtsieger gleich zum mittleren Fiasko wurde. Die Einschaltquote sank, und was kann heutzutage Schlimmeres passieren?

Ich saß trotzdem vor dem Fernsehschirm und erinnerte mich meines längst verstorbenen Freundes Putzi Peperunig aus Innsbruck, der die Tournee erfunden und über Jahrzehnte arrangiert hatte. Den hatte ich vor Jahr und Tag mal gefragt: „Was tust du, wenn morgen einer kommt und von dir nen Batzen Startgeld fordert?“, und er hatte

geantwortet: „Den jag’ ich zum Teufel!“ Nun kann er es nicht mehr... Warum erzählen sie uns Älteren eigentlich jeden Tag, dass heute alles viel besser ist, und wollen auch noch, dass wir nicken? Dabei würde man auch heute noch ohne RTL und Jauch von den Schanzen fliegen und könnte es sich sogar leisten zu verlieren... Und: Die stinkreiche Berliner Hertha leistete sich einen neuen Fußballtrainer. Einen – nicht zu fassen! – aus dem Osten, wo sie angeblich nie Fußball

längst wurden die neuen persönlichen Mitglieder gewählt. Der Skiverband zog seinen Kandidaten in letzter Minute zurück. Der heißt Ulrich Wehling, gewann als einziger Athlet die Nordische Kombination bei Olympischen Winterspielen dreimal und ist heute für den Weltskiverband tätig. Warum man ihn von der Liste strich? Weil jemand behauptete, er wäre zu DDR-Zeiten in Doping „verstrickt“ gewesen. Das reicht immer noch. LN grüßt den Ulli und betrachtet ihn schon deshalb als

Sportkolumne

Von Heß, Meyer und Wehling

spielen konnten. Was uns angeht: Wir drücken dem Hans Meyer die Daumen!

SPEKTAKEL gehören zum Alltag. Auch im Sport. Die billigsten werden im Seilquadrat geliefert. Es beginnt wie ein Musical, wird dann todernst beim Klang von Nationalhymnen und steigert sich zur Posse, wenn ein übergewichtiger Fremdling zum brandgefährlichen Rivalen für den Lokalmatador erklärt wird. Der er natürlich nicht ist. Er wartet nur auf den Moment, an dem er sich auf den Boden legen darf und nach dem Erlöschen der Tiefstrahler seine Gage kassiert. Wer noch kassiert? Die Moderatoren, die sich vor der Jahrmarktsbude die Hälse heiser schrien. Morgen zieht der Zirkus weiter. Weltmeister hat er genug: in 17 Gewichtsklassen insgesamt 59!

NATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE nennt sich das höchste deutsche olympische Gremium. Un-

echten Olympioniken, weil er drei Goldmedaillen zu Hause hat. Die wiegen schwerer als Doping-Gewäsch!

LEIPZIG macht weiter von sich reden. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ rügte die Demonstranten, die eines Montags für die Spiele demonstrierten: „Wie kann ein Verein mit dem Namen ‚Leipzig für Olympia‘ wagen, die Tradition der Montagsdemonstrationen für sich zu beanspruchen? Das ist ja schon beinahe so, als ließe jemand sein Aktienpaket vom Papst segnen.“ Ein hübscher Vergleich. Aber die FAZ war mit ihrer Schimpfkanonade noch längst nicht am Ende: „Die unerhörte Mißbrauchserie im Rahmen der Olympiabewerbung ist also immer noch nicht zu Ende. Erst ging es um Steuergelder. Und nun um ein nationales Symbol.“ Merke: Die nationalen Symbole gehören der FAZ und denen, die ihre Börsenkurse darin drucken lassen! Basta!

TELESKOP

Was haften bleibt

„Glaubst du, der beichtet den Krieg?“, fragt jemand vorm Schloss von Schönbrunn, wo Franz Joseph I. im Sterben liegt. Joseph Roth zufolge hat der Kaiser dem Priester tatsächlich gestanden: „Der Krieg ist auch eine Sünde.“ 1916. Noch tobt der Krieg, den man Weltkrieg nennen wird.

Mit dem ersten, zweifelnden Satz schließt Axel Cortis und Gernot Rolls Roman-Verfilmung „Radetzky marsch“ von 1994, die ich – ARTE sei’s gedankt – am Abend des 2. Januar sah. Ein grandioses Spiegelbild der untergehenden österreichisch-ungarischen Monarchie. Ein kongenial geheimer Film mit einem Mitarbeiter- und Darstellerstab, der den Vielvölkerstaat noch einmal zu verkörpern scheint. Szenen, die man nicht mehr los wird: Einen Ball in einer galizischen Garnisonsstadt erreicht die Nachricht vom tödlichen Schuss auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo (1914). Trauermarsch wird angewiesen. Er verwandelt sich in einen kaum verhüllten Jubeltanz der k.-u.-k.-Offiziere und ihrer Damen – als feierten sie schon die kommenden neuen Staaten ihrer jeweiligen Nationalität. Oder: Der junge Leutnant von Trotta nimmt einen Schnaps nach dem andern an der Theke, umringt von totenstill starrenden Arbeitern. Er, der eigentlich längst den Dienst quittieren will, trinkt sich „Mut“ an. Und gehorcht dem Befehl, die Streikversammlung vor der Fabrik auseinanderzuschießen...

Der Film ließ mich wieder zu Joseph Roths „Radetzky marsch“ greifen, Ausgabe Aufbau-Verlag Berlin 1957. Eine vergessene Widmung überraschte mich: „Zur Erinnerung an das Qualifikationsturnier in Ortrand vom 8. 11.– 13. 11. 1958.“ Kulturvolle Sportzeit.

• G. BRAUN

Silbenrätsel – Silbenrätsel – Silbenrätsel – Silbenrätsel

ZITIERT – ZITIERT – ZITIERT

Für die gesuchten 23 Begriffe dieses Silbenrätsels sind die aufgeführten Silben zu verwenden. Bei richtiger Lösung ergeben die **ersten und vierten Buchstaben** der Wörter – jeweils von oben nach unten gelesen – einen **Ausspruch** des deutschen Erzählers **Wilhelm Raabe** (1831-1910):

ab – be – bel – bo – burg – cham – dahl – de – de – de – di – dorf – düs – e – ei – el – en – er – fa – gig – go – ha – hän – hals – he – hey – i – im – keit – ku – ku – le – le – le – len – li – li – lin – lin – man – maul – mi – mo – ne – nuss – ok – on – on – pa – pag – pe – po – ra – ra – raf – re – renn – ret – ri – ro – sa – sar – sche – schen – sel – sel – spek – steig – strom – ta – thes – ti – ti – ti – tor – tram – u – um – un – ve – wen – za

1. _____
Birkengewächs, Strauch mit hartschaligen essbaren Früchten

2. _____
kleine viersaitige Gitarre

3. _____
goldgelbe Pflaumensorte

4. _____
Besetzung fremden Gebiets, Inbesitznahme

5. _____
ital. Maler u. Baumeister der Renaissance (†1520)

6. _____
chemisches Element, Metall

7. _____
Erzählerin aus „Tausendundeine Nacht“

8. _____
Sportgerät für Sprungübungen

9. _____
Stadt in Nordrhein-Westfalen

10. _____
Gefühls-, Gemütsbewegung

11. _____
Rückblick, -schau

12. _____
Insel u. Vulkan innerhalb der Gruppe d. Äolischen Inseln

13. _____
franz. Landschaft, Weinbaugebiet

14. _____
norweg. Naturforscher, Expeditionen mit frühzeitl. Booten

15. _____
singvogelartiger Specht, bräunlich-grauer Zugvogel

16. _____
im alten Rom: Feldherr, Kaiser

17. _____
als Wohnraum ausgebautes Dachgeschoss

18. _____
schwäb. Spezialität aus Nudelteig

19. _____
Wandteppich mit eingewirkten Bildern

20. _____
Selbständigkeit, Souveränität

21. _____
Stadt in Sachsen, im NO von Leipzig

22. _____
Wanderweg im Thüringer Wald

23. _____
Landschaft in Nordgriechenland

emka

Auflösung der Rätsel
in Ausgabe 25/26 '03:

**TEDDYBAER
WEISSENBERG
PULSNITZ**

BEI ANDEREN GELESEN

Trotz aller neoliberaler Einigkeit wird 2004 auch erbittert darum gerungen werden, wer den Steuerknüppel beim Sturzflug in die soziale Barbarei künftig bedienen darf. 15 Landtags- und Kommunalwahlen stehen 2004 auf dem Programm. Einiges spricht dafür, daß sich die Talfahrt der SPD, die von den meisten Menschen als

Zukunftsoption Schwarz-Grün?

Regierungspartei im Bund für den fortlaufenden Sozialalkahlschlag verantwortlich gemacht wird, weiter fortgesetzt. In den Reihen der Grünen, ihres einst „natürlichen Koalitionspartners“, ist man sich der Gefahr dieser Entwicklung schon seit längerem bewußt. ... Im traditionellen grünen Milieu noch immer stark vertretene Vorbehalte gegen die „Konservativen“ sind eigentlich nur noch atmosphärischer Natur. In sozialpolitischen Fragen verbindet Grüne und CDU schon lange die gemeinsame Abneigung gegen „Bremsen und Blockierer“ in der SPD. Nach der ... Aufgabe aller „urgrünen“ Positionen zu Kriegsbeteiligungen, Überwachungsstaat wie zu Asyl- und Migrationsrecht gibt es kaum noch fundamentale Gegensätze zwischen den beiden Parteien. ... Wann es zur ersten „schwarz-grünen“ Liaison auf Landesebene kommt, ist wohl eher eine wahlarithmetische Frage; daß es dazu noch vor der nächsten Bundestagswahl kommt, inklusive der Möglichkeit eines vorzeitigen Endes der jetzigen Bundeskoalition, scheint dagegen sicher. Für das Kapital ist die „schwarz-grüne Option“ auf alle Fälle äußerst reizvoll. Zu offensichtlich ist der Verschleiß der Schröder-SPD. Deren Attraktivität als Regierungspartei resultierte für Hundt, Rogowski & Co in erster Linie aus ihrer Fähigkeit, die Gewerkschaften und das sie umgebende traditionsozialdemokratische Milieu als potentielle Gegenkräfte zum neoliberalen Rollback weitgehend zu neutralisieren. Das hat die Partei geschafft. Jetzt kann sie gehen. Die Grünen kann man dagegen noch gebrauchen.

• RAINER BALCEROWIAK
in „junge Welt“ vom
3. Januar 2004

Kurt Schneider leitet die begrüßenswerte Würdigung Willy Brandts (LN 25/26 '03) mit folgendem Satz ein: „Sein anerkannter Platz in den Geschichtsbüchern ist unumstritten dank seiner friedensbewahrenden ‚neuen Ostpolitik‘ in der Hochzeit des Kalten Krieges.“ Es wäre nur zu begrüßen, wenn dieses Verdienst in Geschichtsbüchern „unumstritten“ wäre. Aber ist es so?

Vor kurzem erschien das Buch „Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945“ (Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2003). Es ist für unsere Frage in zweifacher Hinsicht interessant. Erstens ist beachtenswert, dass das Buch im Auftrag der Adenauer-Stiftung erschien und programmatischen Charakter für die Deutung der Nachkriegsgeschichte durch CDU-Politiker erhalten soll. Zweitens heißt der Autor des Beitrags, der die Politik Willy Brandts in Acht und Bann schlägt, Gerhard Besier, seit Anfang 2003 von der CDU

Brandt als Bösewicht

auserkorener Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden. (Prof. Dr. Bramke hatte im Februar 2003 vor einer Berufung Besiers gewarnt.) Besier schrieb für diesen Band über „1968 und die Sakralisierung der Politik“. Zu seinen Unterstellungen gehört u. a.: Brandt habe sich mit dem „ideologischen Futter der Habermas, Adorno, Bloch und Lukacs zum „Erlöser“ aufschwingen wollen und sich nichts Geringeres zum Ziel gesetzt, als den „CDU-Staat“ zu vernichten. Er habe sich zum „Friedensstifter“ ernannt und zugleich mit Breshnew verhandelt, des „Würgers von Prag und des Schlächters von Afghanistan“ (Hoffentlich läuft kein CDU-Politiker Präsident Bush über den Weg, der außer Afghanistan auch Irak und Jugoslawien völkerrechtswidrig überfallen und zum Schlachtfeld gemacht hat.)

Kann die Anklage gegen Willy Brandt sprachlich noch verstärkt werden? Besier kann das: „Wie im Taumel folgten die bundesdeutschen Intellektuellen aus dem protestantischen Milieu den semantischen Schalmeien: Frieden, Versöhnung, Völkerverständigung, Abrüstung, Solidarität und eine neue Qualität der Demokratie.“ Mit besonderem Zorn wettet Besier gegen die Versöhnung heischende Geste des „säkularisierten Heilands“ Willy Brandt am 7. Dezember 1970 im Warschauer Ghetto. Originalton Besier: „Das Bild des Friedensfürsten (!) und Völkerverbrüderers (!) heftete sich an seine Fersen. Zum sakralen Symbol schlechthin gedieh ihm sein Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970. Diese um Verzeihung heischende Geste am Denkmal für die Toten des Ghettoaufstandes war die grandios inszenierte, profane Wiederkehr des Mes-

sias: um unseretwillen, für sein schuldig gewordenes Volk, nahm der persönlich unschuldige Emigrant und selbst vom Nationalsozialismus Verfolgte stellvertretend den reinigenden Akt der Buße vor. Gewissermaßen vor der Welt beglaubigt wurde dieser sakrale Demutsakt ein knappes Jahr später, im Oktober 1971, als er den Friedensnobelpreis verliehen bekam.“ Besier tadelt, dass die deutschen Intellektuellen die „strukturellen Parallelen“ zu dem „falschen Propheten“, der „Deutschland ins Unglück geführt hatte“, nicht gemerkt hätten. Das stelle den Intellektuellen „kein gutes Zeugnis in Sachen Demokratie aus“. Besier als Scharfrichter über Willy Brandts Versöhnungsgeste und die Zustimmung der deutschen Intellektuellen! Ich wiederhole: Dieser Mann steht an der Spitze eines „wissenschaftlichen“ Instituts, das der sächsischen (CDU-)Regierung direkt untersteht!

Horst Schneider,
Dresden

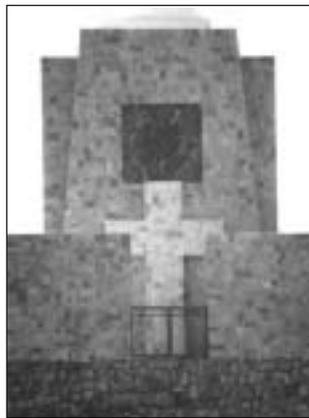
Beobachtungen zum Weg Bulgariens in EU und NATO

Der Traditionen beraubt

Geschändete Denkmäler für die Kämpfer gegen das monarchofaschistische Regime Boris III. von 1924–1944 zeigen heute in Bulgarien ähnliche Tendenzen der Tilgung von Erinnerungen an die Volksrepublik, an die Traditionen der Arbeiterbewegung und ihre Führer, wie wir sie aus den neuen Bundesländern der BRD kennen. In den 800 Tagen der Herrschaft des Zaren-Thronfolgers Simeon II. von Sachsen-Coburg als Ministerpräsident der Republik Bulgarien zeigt sich eine weitreichende Restauration des früheren monarchofaschistischen Einflusses. Dank der

Misswirtschaft der regierenden „Union der demokratischen Kräfte“ lag Simeon II. mit seiner „Bewegung“ mit absoluter Mehrheit vorn, jetzt liegt er bei sieben Prozent – ein Prozent weniger als vor seiner Rückkehr aus dem Exil. Dem Zarensohn wurden von den Regierenden zur Erweiterung seines ohnehin immensen Besitztums (Uranminen in Marokko) riesige Pfründe geschenkt: Wälder, Äcker und Industrieanlagen. Der Fürst hat das ohne Bedenken angenommen.

Doch damit nicht genug: Angeblich unrentable Betriebe werden stillgelegt, das AKW Kos-



lodui an der Donau wird nach EU-Diktat abgeschaltet, obwohl es nach kompletter Rekonstruktion sicherer ist als alle westeuropäischen Kernkraftwerke. Partisanendenkmäler werden auch umfunktioniert, wie das

die „Union“-geführte Stadtverwaltung von Haskowo demonstrierte. Auf dem Gedenkhügel wurde die Ölschale vom Sockel genommen, stattdessen eine riesige Madonna-mit-Kind-Statue aufgesetzt. Das Gedenkrelief für die Partisaneneinheit wurde stillbrechend blasphemisch mit einem Steinkreuz „verziert“, die Namen der Kämpfer übertüncht (Foto). Ein Gedenkstein vor dem Rathaus für Anna Maimunkowa, die 1924 nach Todesfolter in der Heizungsanlage des Polizeireviere verbrannt worden war, wurde 1994 umgeworfen und blieb zwei Jahr so liegen. Der einbalsamierte Leichnam Georgi Dimitroffs wurde aus dem Mausoleum entfernt, das Gebäude abgetragen.

PETER WEISZ, LEIPZIG

Eine Empfehlung für „Heideruh“

Klaus Huhn schrieb das Büchlein „Fünf Sterne für Heideruh“. Das inspirierte uns, dort einmal unseren Urlaub zu verbringen. Gleich vorweg: Es ist jedem zu empfehlen. Man kommt dort an und ist zu Hause. Und, wir wurden nicht enttäuscht. Im Gegenteil! Wo aber findet man „Heideruh“? Inmitten der nördlichen Lüneburger Heide, südlich von Hamburg gelegen, unweit des Städtchens Buchholz, findet man das kleine Wohn- und Ferienhaus „Heideruh“. Den Namen trägt dieses Objekt sehr zu Recht, denn viele freiwillige Helfer haben es zu ihrer Aufgabe gemacht, den angereisten Urlaubern und Gästen schöne, erholsame und sorgenfreie Stunden und Tage zu bereiten. „Heideruh“ ist ein eingetragener Verein und Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsver-

band. Alle dort Tätigen leisten ehrenamtliche Arbeit. Nur der Koch ist der einzige Festangestellte und zaubert Hervorragendes auf den Tisch. „Heideruh“ besteht seit 1946, damals ein Kinderheim, geführt von der Hamburger Organisation der VVN. Zahlreiche Kinder von Verfolgten wurden in der Folgezeit dort aufpäppelt und gesundheitlich betreut. 1951 wurde, um die VVN von der Alltagsarbeit des Heimes zu entlasten, die Genossenschaft „Erholungsheim Seppensen“ gegründet. Unzählige waren die freiwilligen Stundenarbeit, die materiellen Opfer, die für das Heim erbracht wurden. Im März 1958 wurde dann aus organisatorischen Gründen das „Wohn- und Ferienhaus Heideruh e.V.“ daraus. Unvergessen sind die vielen Helfer, die im Lauf der Jahrzehnte „Heideruh“ zu dem

machten, was es heute ist: ein Ort der Erholung und Begegnung von Antifaschisten. Viele namhafte Gäste beherbergte „Heideruh“ schon, wie Gabi Zimmer, die Familien Keßler und Baumgarten, Herbert Mies, um nur einige Namen zu nennen. Das Gästebuch gibt Auskunft darüber. In Heideruh ist Vollpension angesagt, zu jedem Essen ertönt der Glocke Klang. Von Heideruh aus kann man kleine, aber auch größere Wanderungen unternehmen. Ein beliebter Anziehungspunkt ist der etwa zwei Kilometer entfernte Brunsberg, von wo aus man rundum die Heidelandschaft in sich aufnehmen und genießen kann. Erholung pur! Mit unserem Auto haben wir aber auch solche Sehenswürdigkeiten wie den Wildpark am Kiekeberg, den Heidepark in Schneverdin-

gen, den Vogelpark Walsrode und auch das Panzermuseum in Munster erreicht. Auch eine Fahrt nach Hamburg mit einer Stadtrundfahrt war für uns ein Muss. Das Ferienhaus „Heideruh“ bietet seinen Gästen überdies Fahrten mit einem Kleinbus an, wie z. B. den Besuch von Gedenkstätten der ehemaligen KZ Bergen-Belsen und Neuengamme. Aber auch eine kleine Porzellanmanufaktur und die Kunststätte Bossard stehen auf dem Programm und sind sehr sehenswert.

GISELA BRAND, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Mittwoch, 14. Januar, Zwickau**Buchvorstellung und Diskussion: *Vollbeschäftigung und/oder Grundeinkommen für alle?* Zur Zukunft der Arbeit. Mit Jens-Eberhard Jahn

DRK-Begegnungsstätte, Marienthaler Str. 164

Mittwoch, 14. Januar, 18 Uhr, Leipzig*Glücksfall oder Verräter? Der Kulturminister Johannes R. Becher.* *** Mit Dr. Jens-F. Dwars. Moderation: Prof. Dr. Klaus Pezold. (Kostenbeitrag: 1,50 Euro)

Harkortstr. 10

Mittwoch, 21. Januar, 19 Uhr, Dresden*Wie viel Freizeit kann sich Deutschland leisten? Mit Dr. Jürgen Leibiger (Dresden)*

„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Chemnitz*Pisa liegt in Finnland.* Mit Heike Werner, MdL (Leipzig) in Zusammenarbeit mit der Seniorengruppe Chemnitz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Vita-Center, Jugendclub Papillon, Wladimir-Sagorski-Str.

Donnerstag, 22. Januar, 17.30 Uhr, Leipzig*Die russischen Duma-Wahlen 2003 als Spiegelbild politischer Strukturen.* *** Mit Prof. Dr. Helga Watzin-Heerdegen (Leipzig)

Harkortstr. 10

Donnerstag, 22. Januar, 18 Uhr, Leipzig*Mit den Frauen der Welt.* In Zusammenarbeit mit LISA

Harkortstr. 10

*** Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Lieber Genosse**Wolfgang Siegert**

zu Deinem

80. Geburtstag

am 12. Januar

*danken dir die GenossInnen deiner BO
und des OV Gohlis-Nord für deine aktive Arbeit.
Wir wünschen dir beste Gesundheit
und alles erdenklich Gute***Carl-Schorlemmer-Apotheke**

Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fachapotheker für

Allgemeinpharmazie

Karlsruherstraße 54

04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter

Zweites (2.) Klassentreffenaller Absolventen der **Klasse VIII b (1953)**der **48. Grundschule** zu Leipzig

und aller Zeitweiligen (1945 ff.)

Klassenlehrer: Hr. Schlag, Hr. Wolff, Hr. Woest,
Hr. Zeise, Hr. Hanemann ...Bitte meldet euch, aus Nah und Fern, bei
Kurt Schaefer, Tel. Leipzig 590 66 83 oder
B.-G. Mayer (Männlein), Tel. Leipzig 330 14 32**Initiative
Christliche Linke****12. 1., 18 Uhr,** Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: *Objektive und subjektive Faktoren einer Geschichtsbetrachtung.* Gespräch mit Prof. Dr. Kurt Schneider**Deutscher
Freidenker-Verband**

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

22. 1., 16.30 Uhr: *Zu Fragen der Ordnung und Sicherheit in Leipzig.* Rundtischgespräch mit Stadtrat Peter Langer**SZM**Stadtteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a**16. 1., 15.30 Uhr:** *Schöne Bilder in 3-D-Technik***17. 1., 16 Uhr:** *Griechenlandtag***20. 1., 16 Uhr:** *Tischtennis-match für Kinder***21. 1., 19 Uhr:** *Tischtennis-match für Jugendliche***22. 1., 19 Uhr,** Bürgerstammtisch: Der Amtsleiter des Ordnungsamtes, Dr. Beital und der Abteilungsleiter des Stadtordnungsdienstes, Herr Zimmermann, stellen sich den Fragen der Bürger**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

12. und 14. 1., 10 Uhr; 13. 1., 10 und 19 Uhr: *Unterste Schublade links* – ab 12 Jahre**16. 1., 19 Uhr; 17. 1., 15 Uhr:** *Stier Ferdinand.* Jugendtheaterprojekt für Kinder – ab 5 Jahre**21. und 23. 1., 10 und 20 Uhr; 22. 1., 10 Uhr; 24. 1., 20 Uhr:** *Physifloß* – ab 16 Jahre**Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

11. 1., 10.30 Uhr und 15. 1., 14 Uhr: Führung durch die Sonderausstellung *Tod im Moor – Fossilien aus dem Geiseltal***18. 1., 10.30 Uhr,** Führung *Igel, Hamster und andere Winterschläfer***21. 1., 15–16 Uhr,** Sonderveranstaltung für Kinder: *Was geschah vor 50 Millionen Jahren im Geiseltal?***25. 1., 10.30 Uhr:** *Gehölkundlicher Winterspaziergang durch den Wilhelm-Külz-Park.* Treff: Staßenbahnhaltestelle Nauenhofer Str.**BUCHHANDLUNG RIJAP**

GbR

Literatur für SIE**Im Oktober neu bei uns:**Andreas Baingo; M. Horn: Die Geschichte der DDR-Oberliga.
Die Werkstatt, 29,90 EuroDetlef Gürtler: Vorbild Deutschland.
Eichborn, 17,90 EuroAuf der Straße der Braunkohle. Eine Entdeckungsreise durch
Mitteldeutschland. pro Leipzig, 14 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens
für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

**Kapitalismus im Koma.
Eine sozialistische Diagnose**

Sahra Wagenknecht liest am

12. Januar, 20 Uhr, Haus des Buches, Saal 3,
Leipzig, Gerichtsweg 28

In analytisch fundierten, sarkastisch-ironischen Beiträgen durchleuchtet sie aktuelle wirtschaftliche Interessenkämpfe. Ihre Anklage richtet sich dabei gegen das System der Kapitalverwertungselbst.

Achtung! Achtung! Achtung!

9. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS**Die Gewerkschaften 15 Jahre nach der Wende
Auslaufmodell oder Gegenmacht?
Ist der Osten die Zukunft des Westens?****Wann?**Freitag, 16. 1. 2004, Beginn 17 Uhr, Einlass ab 16.30 Uhr, und
Sonnabend, 17. 1. 2004, Beginn 9 Uhr, Einlass ab 8.30 Uhr**Wo?**Deutsche Telekom AG – Bildungszentrum Ost,
Zschochersche Str. 69, 04229 Leipzig**Veranstalter:**PDS Parteivorstand und PDS AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28,
1078 Berlin, www.pds-online.de und www.betriebundgewerkschaft.de**Anmeldung:**Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine Anmeldung bis 10. Januar 2004.
Anmeldebestätigungen werden nicht versandt.PDS Parteivorstand, z. H. Jutta Nitsche, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
e-mail: jutta.nitsche@pds-online.de, Fax: 030/24 009 624

Für Getränke und Mittagessen während der Konferenz wird eine Verpflegungspauschale von 12 Euro erhoben.

Vorsicht, Telefonakquise

Es war später Nachmittag, eine Zeit also, in der Berufstätige ihren Arbeitstag bereits hinter sich haben und der Einkauf oder andere Besorgungen erledigt sind. Das Telefon klingelte.

Franz Mustermann, Verkaufsberater bei einer Time-sharing-Firma, ging in Feierabendlaune zum Apparat, musste aber feststellen, dass der schnurlose Hörer sich nicht in der Basisstation befand. Leicht verärgert orientierte er sich nach Gehör und ging dem Läten nach. Schließlich fand er das Handy auf dem Kosmetiktisch seiner Frau zwischen Flacons und Cremedosen. Routinemäßig drückte er die grüne Rufannahmetaste, meldete sich mit seinem Namen und wünschte einen guten Tag. Eine unbekannte weibliche Stimme fragte am anderen Ende der Leitung: „Spreche ich mit Herrn Mustermann persönlich?“ „Aha“, dachte dieser, und der Groschen fiel: Telefonakquise. So beginnen erfahrene Verkäufer Telefonate, wenn sie mit einem Kunden einen Gesprächstermin „machen“ wollen.

Auch Franz Mustermann saß Tag für Tag im Büro seiner Time-sharing-Firma am Telefon und akquirierte Interessenten für ein Verkaufsgespräch. Das war nicht einfach. Man musste wegen möglicher Beschimpfungen und Anfeindungen stressfest und belastbar sein, und auch in aussichtslosen Situationen die Ruhe bewahren können. Die Leiterin eines Kosmetiksalons hatte erst gestern ihrem Unmut über die Störung Luft gemacht: „Wir müssen hier unsere Brötchen im Schweiß unseres Angesichts verdienen und werden ständig durch solche Idioten wie Sie vom Kunden weggeholt.“ Eine Apothekerin drohte, sie würde ihren Rechtsanwalt einschalten, „wenn Sie

noch einmal mein Telefon mit ihrem Schwachsinn blockieren“.

Als Telefonakquisiteur musste man rhetorisch perfekt argumentieren können, eine schnelle Auffassungsgabe und eine angenehme Stimme haben.

Der Verkaufstrainer hatte Franz Mustermann eingeblutet:

Erstens – sprechen Sie sich vor Beginn der Akquise mit weniger wichtigen Telefonaten warm. Auch ein Sportler läuft



sich vor Beginn des eigentlichen Wettkampfes in Form.

Zweitens – denken Sie positiv. Wenn Sie nicht selbst vom Erfolg des Telefonats und der Qualität ihres Produktes überzeugt sind, wird das der Angerufene spüren.

Drittens – telefonieren Sie nur bei guter Laune und lächeln Sie beim Telefonieren. Der Kunde am anderen Ende der Leitung fühlt ihre Stimmung. Optimismus steckt bekanntlich an.

Viertens – fragen Sie nie, ob sie stören. Man stört immer. Ihr Partner am anderen Ende der Leitung wird auf jeden Fall aus seiner Arbeit herausgerissen.

Fünftens – vermeiden Sie es, dem Kunden bereits am Telefon Einzelheiten zum Produkt mitzuteilen. Das Time-sharing-Produkt ist zu kompliziert. Dazu benötigt man Zeit. Das Hauptziel ist der Gesprächstermin. Den bekommen Sie, wenn Sie dem Kunden einen Vorteil in Aus-

sicht stellen und ihn neugierig machen. Sechstens – lassen Sie nie den Kunden überlegen, wann er Zeit hat, sondern schlagen sie ihm immer zwei Möglichkeiten als Alternativen vor. Diese Woche oder erst nächste, Montag oder Dienstag, Vormittag oder Nachmittag.

Franz Mustermann telefonierte jeden Tag zwei Stunden am Vormittag und drei am Nachmittag, um „Termine zu machen“. Wenn er eine Reihe erfolgloser Telefonate absolviert und sich teilweise auch Schmähungen hatte anhören müssen, sank das Selbstbewusstsein und Lustlosigkeit stellte sich ein. Seine Stimme klang dann plötzlich belegt oder heiser und er musste eine Pause einlegen.

„Im Goldbergbau“, sagte ihm der Trainer bei einer solchen Gelegenheit, „wird auch unermüdlich neues Gestein bearbeitet, obwohl man im Durchschnitt aus einer Tonne nur zwei bis drei Gramm Gold herausholt.“

Franz Mustermann verscheuchte die trüben Gedanken, denn die Anruferin lüftete gerade das Geheimnis ihrer Herkunft:

„Hier ist ihre Allianz-Versicherung. Ich wollte mit Ihnen unseren Jahresauswertungstermin vereinbaren.“ Es klang, als wäre ein solcher Termin üblich und obligatorisch. Mustermann war beeindruckt. Der Trick mit dem Jahresabschlussgespräch war super. In Wirklichkeit wollte die „Versicherungstante“ sicher nur die Summe der Hausratsversicherung erhöhen oder ihn veranlassen, weitere Policen zu kaufen. Dann schlug er zu: „Rechtschaffenen Bürgern den Feierabend verderben – das kann ich leiden. Mit ihren Akquisetricks können Sie vielleicht Dummys beeindrucken, aber nicht mich.“ Triumphierend trennte er das Gespräch. • **MANFRED BOLS**

Das Ministerialblatt 59a für das Land Sachsen-Anhalt beschreibt die Grundsätze der Rechtsförmlichkeit für die Landesregierung. Absolut brillant ist darin das Kapitel „Präzise Wortwahl“ formuliert. Zitat: „Das Wort ‚und‘ ist zu verwenden, wenn Voraussetzungen oder Rechtsfolgen kumulativ festgelegt werden. Das Wort ‚oder‘ ist zu verwenden, wenn Voraussetzungen oder Rechtsfolgen alternativ festgelegt werden. Bei einer derartigen Aufzählung

Bürokratische Lesekost

mit mehr als zwei Gliedern können alle Glieder auch durch Kommata getrennt werden, nur die letzten beiden sind durch das Wort ‚oder‘ zu verbinden...“ Weiter hinten sind im gleichen Blatt Begriffsdefinitionen aufgeführt und konkret erläutert. Das liest sich zum Beispiel so: „Das männliche Rind ist

eine Kuh ohne Euter.“ Im Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern ist der § 8 im Absatz 1 wie folgt formuliert: „Die einmalige Zahlung für jeden Berechtigten wird nur einmal gezahlt.“ Und im Handbuch der deutschen Verwaltungsarbeit steht zu lesen: „Stirbt ein Beamter während einer Dienstreise, so gilt die Dienstreise damit als beendet.“ • **MARC RANSTETTER**

2004 – ungeordnete Gedanken zu Jahrestagen

Runde Jahrestage sind jeder Zeitung Anlass, Personen und Ereignisse aus dem Dunkel der Geschichte zu holen, um aktuelle Deutungen und Bezüge daran zu knüpfen. Schwierigkeiten gibt es bei Begebenheiten, die nicht an einen bestimmten Tag festzumachen sind, wo bestenfalls das Jahr bekannt ist. So auch 2004. Wir erinnern deshalb am Jahresbeginn an solche historische Daten.

☞ Im Jahre **754**, vor 1250 Jahren, öffnete in Bagdad die erste Apotheke der Welt. – Die Gedanken gehen in die Zeit des Golfkrieges von 1991, als viele durch Bomben verletzte Iraker – nicht wenige Kinder darunter –, die mit Tetanus und anderen Krankheiten infiziert waren, von den Apotheken keine Hilfe bekommen konnten. Es fehlte selbst an einfachsten Medikamenten. Das Embargo der USA für Lebensmittel und Medi-

kamente brachte verheerendes Elend und vieltausendfachen Tod.

☞ **1254**, vor 750 Jahren, wurde die spätere Leipziger Thomasschule als älteste Stadtschule Sachsens erstmals erwähnt. – Welche Tradition! Aber auch welches Schicksal der Bachschen Wohn- und Wirkungsstätte: 1902 sang- und klangloser Abriss des intakten Schulgebäudes, das einer Superintendentur weichen musste.

☞ **1504**, vor 500 Jahren, verlor der Raubritter Götz von Berlichingen seine rechte Hand und erhielt eine eiserne. „Wehe der Nachkommenschaft, die dich erkennt“, ist der letzte Satz in Goethes Drama. Was er hier zu *Persönlichkeit und Gesellschaft* entrollt, ist viel mehr, als allgemein aus geflügelten Worten über das Werk bekannt ist. („*Wo viel Licht ist, ist auch Schatten.*“)

☞ **1704**, vor 300 Jahren, wurde in Leipzig das ausladende und prunkvolle Stadt-

palais des Bürgermeisters Romanus fertiggestellt, an dem sich dieser aber nur kurz erfreuen konnte. Er hatte den Bau mit ungedeckten Stadtschuldscheinen bezahlt und musste seine letzten 41 Jahre hinter Gittern verbringen. – Da verfährt man doch heute bei ähnlichem Delikt – siehe Macherns ehemaligen CDU-Bürgermeister – viel generöser.

☞ **1754**, vor 250 Jahren, beendete der Leipziger Verleger J. H. Zedler die Herausgabe des 68-bändigen „Großen Vollständigen Universallexikons aller Wissenschaften und Künste“, des ersten seiner Art in Deutschland – ein bedeutender Schritt des Aufstiegs Leipzigs zur weltberühmten Buchstadt. Zedlers Werk fand seine Fortsetzung in solchen renommierten Verlagen wie *Enzyklopädie und Bibliographisches Institut*, deren Spuren inzwischen weitgehend getilgt sind.

• **G. L.**

Raum für Adressaufkleber

FUNDSACHEN

Bildungsbürger schlagen zu

Manchmal geben Günter Jauchs Millionen-Kandidaten tiefere Einblicke in die geistige Verfassung der Bundesbürger als die PISA-Studie. Als einstimmende Scherzfrage hatte eine Kasseler Lehrerin aus den Vorgaben den Namen des südkoreanischen Präsidenten zu nennen: A – Roh, B – Tiefgekühlt, C – Gekocht, D – Frittiert. Nach minutenlangem quälenden Nachdenken entschloss sie sich, als Joker das Publikum zu befragen. Das war das Ärgste, was ich bis dahin in der Sendung gesehen hatte. – Aber es kam noch schlimmer. Von hundert Gästen wählten nur 91 A, aber 6 B und 3 D.

Man kann die geistigen Prozesse nachvollziehen, wenn mal Schwierigeres zu wählen ist, zum Beispiel eine politische Partei. • **G. L.**

Alexander Superstar



Wenn einer, der mit Mühe kaum gekrochen ist auf einen Baum, schon meint, dass er ein Vöglein wär, so irrt sich der. (Wilhelm Busch)

Zirkusdirektoren

Die LVZ fragte: Wer sollte Deutschland ab 2004 regieren – ein Berufspolitiker, eine Hausfrau, ein Industrieboss, ... ein Kirchenführer, ein General, ein Zirkusdirektor? Letzterer erhielt mit fünf Prozent die wenigsten Stimmen. Warum wohl – weil wir schon zu viele davon an der Spitze haben? • **G.**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Anzeigen: Ralf Fiebelkorn, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

6. Januar

Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Januar